

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen, Neue Graupenstraße 5 und Friedrichs-Str. 105, Reichstraße 100, sowie durch alle Ausdrucker zu beziehen. Einzelheft 1 Pf., Monatspreis 1.75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2.10 Rml. Durch die Post einjährl. Zustellungsgebühren 2.40 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 212 37, Redaktion 212 38
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition, Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Will Alfons wieder zur Diktatur greifen?

Kabinetts Sanchez Guerra gescheitert - Wahrscheinlich am Widerstand des Königs - Wird ein Militärputsch geplant?

Madrid, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.)
Die Schicksalsstunde des Königs Alfons XIII. rückt immer näher. Der Versuch Guerras, ein liberal-republikanisches Kabinetts zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände zu bilden, ist gescheitert. Guerra hat den Antrag zur Regierungsbildung am Dienstag nachmittag zurückgegeben und dem König gleichzeitig seinen Resignationsschreiben mit der Bitte um Entlassung überreicht. Der König hat sich nicht für den Rücktritt entschieden. Er hat die Regierungsbildung an die republikanischen Führer überlassen. Der Versuch Guerras, ein liberal-republikanisches Kabinetts zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände zu bilden, ist gescheitert. Guerra hat den Antrag zur Regierungsbildung am Dienstag nachmittag zurückgegeben und dem König gleichzeitig seinen Resignationsschreiben mit der Bitte um Entlassung überreicht. Der König hat sich nicht für den Rücktritt entschieden. Er hat die Regierungsbildung an die republikanischen Führer überlassen.

daß die Linksparteien, die Liberalen, Republikaner und Sozialisten, untereinander zu uneinig seien, um als gefährlich angesehen zu werden. Die Verhandlungen im Königschloß sollen schon so weit gediehen sein, daß die neue, als Ziviliktatur deklarierete Regierung heute in ihr Amt treten könne. Die Hauptaufgabe der neuen Diktatur soll es sein, die Gefahr zu vermeiden, daß die Krone dem Wachspruch einer verfassunggebenden Nationalversammlung ausgeliefert werde.
Wie Ferrinay im „Echo de Paris“ berichtet, soll die spanische Königin, die am Dienstag von London nach Madrid zurückkehrte, den Antrag des englischen Hofes mitgebracht haben, daß die spanische Krone sich gegenüber den republikanischen Parteien möglichst entgegenkommend zeige. Der englische Hof, der es versteht, schreibt Ferrinay mit deutlicher Mißbilligung, sogar mit der englischen Arbeiterpartei auszukommen, glaube, daß der spanische Thron nur durch Konzeptionen zu retten sei. Wahrscheinlich aber werden diese Konzeptionen zu spät in Madrid eintreffen.
Der spanische Sozialistenführer Prieto erklärt in einem Interview im „Excelsior“, daß das monarchische Regime in Spanien reifungslos verbannt sei. Selbst eine neue Diktatur werde sich höchstens noch einen Monat lang halten können. Die Republik sei nicht mehr aufzuhalten. Deshalb auch müßten alle überzeugten Republikaner die Zusammenarbeit mit den monarchistischen Elementen ablehnen.
Alfons sammelt Truppen
Madrid, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.)
Die spanische Hauptstadt ist seit Dienstag nachmittag von einem starken Truppenkontingent umgeben. Es sind zum großen Teil königstreue Regimenter, die sich in höchster Alarmbereitschaft befinden und jederzeit ausmarschieren können. Die Linse droht, für den Fall, daß die Truppen gegen die Bevölkerung eingesetzt werden sollten, mit dem General-Fire!

Die Ueberkapitalisierung der deutschen Großindustrie

Ein besonders erschütterndes Beispiel
A. Kr. Wir haben in den letzten Wochen schon wiederholt betont, daß, wenn auch nicht die alleinige Ursache, so doch eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Deutschland, die übermäßige Ausweitung der Produktion infolge übermäßiger Kapitalbildung und Kapitalinvestition in manchen Industriezweigen ist, und daß diese Ueberkapitalisierung zu erklären ist aus den überhöhten Monopolpreisen mancher kartellierter oder stark vertrusteter Wirtschaftszweige in Deutschland, die vielen Unternehmungen in diesen Wirtschaftszweigen hohe Sondergewinne ermöglicht haben. Ein besonders schlimmer Fall dieser Art wird jetzt bekannt, ein Fall, in dem die Ueberkapitalisierung und infolgedessen Kapitalfehlleitung ein ganz ungewöhnlich großes Ausmaß gewonnen hat und besonders verderbliche Wirkungen hatte.
In den letzten Monaten gingen durch die Presse zahlreiche Nachrichten über die geplante Stilllegung der Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen, die als unrentabel außer Betrieb gesetzt werden sollten, und von den Bemühungen der sächsischen Regierung, mit Rücksicht auf die bereits vorhandene große Arbeitslosigkeit in Sachsen und in dem Umkreis eine weitere Vergrößerung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, insbesondere die Wohngemeinden für die Belegschaft der Gußstahlwerke Döhlen vor dem finanziellen Ruin durch das Anheben der Erwerbslosen zu schützen, die Stilllegung der Werke zu vermeiden. Zu diesem Zweck hat der sächsische Staat sogar ein Kreditschreiben beim Reichswirtschaftsausschuss erworben und dem Unternehmen hohe Kredite zur Weiterführung des Betriebes zur Verfügung gestellt.
Inzwischen ist nun der Geschäftsabschluss des Unternehmens für das Jahr 1929/30 und der diesjährige Geschäftsbericht bekanntgeworden. Die Bilanz weist einen Verlust von 3,88 Millionen Mark bei einem Eigenkapital von 9,60 Millionen Mark aus, also einen Verlust, der nicht unbeträchtlich über 30 Prozent des gesamten Eigenkapitals (Eigenkapital plus offene Reserven) hinausgeht. Daß dieser Verlust entstanden ist, ist freilich nicht verwunderlich. Die Gesellschaft weist in den letzten drei Jahren auf dem Bilanzposten Wertanlagen einen Zugang von netto 11,34 Millionen Mark aus. Davon wurden 3,12 Millionen Mark abgeschrieben. Das sind aber noch nicht alle Kapitalinvestitionen, die die Gesellschaft während dieser Zeit gemacht hat. Sie hat daneben noch beträchtliche Beträge still investiert und abgeschrieben, so daß die gesamten Investitionen während der letzten drei Jahre ungefähr 15 Millionen Mark betragen haben. Also sind den letzten drei Jahren ungefähr 15 Prozent des gesamten Eigenkapitals in dem Wert neu investiert, und zwar zum großen Teil ohne Aufnahme von Krediten, lediglich aus Veräußerungen von Vermögenswerten und aus den laufenden Gewinnen. Die Folge davon war, daß der Betrieb sich so ausgedehnt hat, daß auch während der guten Konjunktur und noch weniger natürlich während des letzten Krisenjahres eine irgendwie befriedigende Beschäftigung für diesen ungedeckten Betrieb nicht mehr zu erreichen war. Wie groß dieser Leerlauf ist, ergibt sich daraus, daß jetzt nach der neuen Bilanz zum 1. 1. auf die Wertanlagen mit einem Aufschlag von einmal 6,5 Millionen Mark = 68 Prozent des gesamten Eigenkapitals abgeschrieben werden sollen. Das bedeutet aber, daß mehr als ein Drittel der gesamten Reinvestitionen unnütz war. Natürlich mußten auch diese Reinvestitionen verzinst werden, und diese Verzinsung, der nicht der geringste Verdienst gegenüberstand, hat dann zu den Verlusten geführt, die die neueste Bilanz ausweist. Es ist klar, daß, wenn die Gewinne, die in den früheren Jahren gemacht wurden, anstatt wieder in den Betrieb hineingesteckt zu werden, als Dividenden ausgeschüttet worden wären, ein entsprechender Betrag auf den offenen Kapitalmarkt gewandert und dort angeboten worden wäre. So ist der Betrag aber, ohne daß ein jeglicher Grund, d. h. eine wirtschaftliche Notwendigkeit dafür vorhanden war, dem offenen Kapitalmarkt vorenthalten und der Kapitalmangel auf diesem künstlich gesteigert worden. Daß es sich hier um eine reine Ueberkapazität handelt, ergibt sich auch aus dem Bericht der Gesellschaft. Der Bericht erklärt, daß die vorjährigen Erwartungen auf ein besseres Ergebnis als Folge der Anlageverbesserungen und Erweiterungen sich nicht erfüllt haben, da es nicht möglich gewesen sei, die Betriebe in Freital und Pirna ihrer Kapazität entsprechend auszunutzen. Das ist das offene Eingeständnis der Kapitalfehlleitung. Allerdings scheint sich die Leitung des Unternehmens der wirklichen Sachlage immer noch nicht bewußt geworden zu sein. Denn sie bringt es dann unmittelbar darauf fertig, in ihrem Bericht folgende erschütternde Kapitalität zu brüthen: Die an die Erneuerung der Eisenverbände geknüpften Hoffnungen auf eine Marktrehabilitation sowie auf bessere Preise hätten

Mordheke der Nazis im Sächsischen Landtag

Wüste Hempeleien der Nazis gegen andere Abgeordnete - Reaktionäre Beschlüsse des Sächsischen Landtags

Im Sächsischen Landtag kam es am Dienstag bei der Verhandlung eines nationalsozialistischen Antrages auf Auflösung des Parlamentes zu heftigen Szenen. Der Auflösungsantrag wurde mit 63 gegen 25 Stimmen abgelehnt.
Der Nazisabgeordnete Studentowski, der den Antrag seiner Fraktion begründete, ließ sich zu einer wüsten Mordheke hinreißen. Durch Zwischenrufe wurde er u. a. daran erinnert, daß er vor kurzem in einer Versammlung von Schweinern gesprochen habe, die abgehört werden müßten. Studentowski antwortete auf diese Ausfälle in der Versammlung Dummheit und Unwissenheit, mit den Schweinern, die abgehört seien, habe er nicht gemeint, sondern die Leute, von denen Hitler dem Reichsgericht gesagt habe, daß nach einem nationalsozialistischen Sieg ihre Köpfe rollen würden.
Der sozialdemokratische Abgeordnete Böckel gab dem Nazisabgeordneten die gehörliche Antwort. Durch ihre verächtlichen Reden - so erklärte Böckel u. a. - wollten die Nationalsozialisten nur ihre Unfähigkeit bekunden. Als dann der nationalsozialistische Abgeordnete Kuntz, der das Schlußwort hatte, seine Redezeit überschritt, wurde er nach wiederholter Ermahnung durch den Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen. Er redete weiter. Infolgedessen unterbrach der Präsident die Verhandlungen. Während der Pause kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Der nationalsozialistische Reichsbedeutende Abgeordnete des Landtags Kallisch, er wurde für eine Sitzung aus dem Landtag ausgeschlossen. In der neuen Sitzung trat Präsident Böckel mit dem Nazisabgeordnete Kuntz insgesamt von der Sitzung ausgeschlossen sei.

Vor der Debatte über den Auflösungsantrag erledigte der Landtag eine ganze Reihe bemerkenswerter Abstimmungen. Mit 47 gegen 44 Stimmen der Sozialdemokratie, Kommunisten und Staatspartei wurde ein Antrag angenommen, durch den die Regierung beauftragt wird, dafür zu sorgen, daß aus allen Schulbüchern das Wort „Kamarade“ entfernt und es im Unterricht nicht mehr verwendet wird. Angenommen wurde ferner ein neuer Landtag und vor den konservativen Abgeordneten gestellt, die Schüler nicht mehr zu zwingen, an Verfassungstagen teilzunehmen und wegen ihres Gerabüchens von solchen Feiern nicht mehr zu befreien. Für diesen Antrag stimmten auch mehrere Mitglieder der Deutschen Volkspartei, u. a. der Parteiführer Dietmann. Außerdem wurde ein konservativer Antrag auf Einführung einer Toten-Gebührensteuer, wobei vor allem der Befallen des Weltkrieges gedacht werden soll, gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und Kommunisten angenommen. Abgelehnt wurde dagegen ein sozialdemokratischer Antrag, der forderte, daß diese Totengebühren im Sinne der Völkerverehrung durchgeführt werden solle.
Das Luxusleben Hitlers
Hitler wird von Tag zu Tag nobler! Jetzt hat er sich zu seiner feindlichen Nach-Zimmer-Nachbarin, seiner Wirtin im bayerischen Hofgärtchen und was sein Herz in der Zurückgezogenheit sonst noch an Luxus begehrt hat, ein neues Automobil zugelegt. Es ist ein 150-PS-Mercedes-Benz.
Kostpunkt: die Kleinigkeit von 44 000 Mark.

Ein Erlass Bazilles gegen die Nazis

Württemberg verbietet allen Schülern jede politische Tätigkeit

Stuttgart, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Der württembergische Kultusminister hat an die ihm unterstellten Schulen einen Erlass gerichtet, in dem allen Schülern jede parteipolitische Betätigung untersagt wird. Der interessante Erlass lautet:

„Jede parteipolitische Betätigung in der Schule, bei Schulveranstaltungen oder bei Veranstaltungen von Schülern ist verboten. Die Schüler dürfen weder unter sich Vereinigungen bilden, die unmittelbar oder mittelbar parteipolitische Zwecke verfolgen, noch Mitglieder parteipolitischer Vereinigungen und ihrer Jugendgruppen sein, sofern sie nicht das wahlberechtigte Alter erreicht haben.“

Den Schülern ist es unterzagt, an Umzügen und sonstigen öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel teilzunehmen, die von politischen Parteien oder ihren Jugendgruppen veranstaltet werden oder an denen sich solche beteiligen. Im übrigen ist auch nicht ermuntert, daß Schüler unter 18 Jahren an parteipolitischen Versammlungen in geschlossenen Räumen teilnehmen. Es muß in dieser Beziehung die Verantwortung den Erziehungsbehörden übertragen werden.

Im Bereich der Schulen dürfen Drucksaften, Einladungen, Anzeigen usw., die sich auf politische Parteien oder parteipolitische Veranstaltungen beziehen, in keiner Form verbreitet werden.“

Das Tragen von Abzeichen aller Art mit Ausnahme der etwa eingeführten Klassenmützen ist in der Schule und bei Schulveranstaltungen verboten.

In der Begründung des Verbots nimmt der württembergische Kultusminister Bazille Bezug auf die Vorgänge in Ulm anlässlich der Reichsgründungsfeier. Damals hatten die Nationalsozialisten dort einen Fackelzug veranstaltet, an dem sich u. a. auch eine größere Anzahl von Schülern der höheren Lehranstalten in Klassenmützen beteiligte. Dieses Vorkommnis führte zur schärfsten Kritik in der Öffentlichkeit. Inzwischen hat die Nationalsozialistische Partei in Ulm die Schüler zum Mitmachen zu einer Versammlung des nationalsozialistischen Schülerbundes eingeladen. Diese Dinar dürften das in Ulm dominierte Zentrum veranlaßt haben, bei der württembergischen Regierung vorzulegen zu werden und den hauptsächlich gegen die Nationalsozialisten gerichteten Erlass des württembergischen Kultusministers herbeizuführen.

Reichsregierung berät Agrarvorlage

Am 14. wird mitgeteilt: Das Reichskabinett erledigte am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers laufende Angelegenheiten und verabschiedete u. a. den Entwurf eines zweiten Gesetzes über die Mühselbarkeit von Wertpapieren und Forderungen. Das Reichskabinett nahm dann einen Vortrag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über das Agrarprogramm entgegen, wie es in ausführlichen Beratungen mit den berufenen Vertretern der Landwirtschaft aufgestellt worden ist. In den Vorträgen schloß sich eine eingehende Generaldiskussion an. Die Beratungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Starke Meinungsverschiedenheiten im Reichskabinett — Selbst die Rechte bezeichnet die Forderungen der Landwirtschaft als unerfüllbar

In der gestrigen Aussprache des Reichskabinetts über die neuen Zollpläne des Reichsernährungsministers traten die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsernährungsminister und dem Reichswirtschaftsminister ebenfalls klar zutage. Außerordentliche Meinungsverschiedenheiten bestanden im Kabinett insbesondere darüber, ob es angebracht ist, wie es der Reichsernährungsminister wünscht, die Stützungsaktion für Getreide fortzusetzen. Meistlich schwerwiegend sind die Meinungsverschiedenheiten über den Vorschlag, eine Entlastung des inländischen Agrarmarktes durch Ausfuhr mit Hilfe von Einfuhrzöllen herbeizuführen. Auch über die Vorschläge, den Vermarktungs- und Beimitzungszwang auf die verschiedensten Erzeugnisse zu erstrecken, bestanden im Kabinett außerordentlich lebhaft Gegenläufe.

Die schwerindustrielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet die Forderungen der Landwirtschaft als „unerfüllbar“.

Neue nationalsozialistische Mordtat?

Schreckliche Mordtat in Königsberg

In Königsberg bei Berlin, wo sich Nationalsozialisten erst vor wenigen Monaten einen blutigen Überfall auf Reichsbannerleute leisteten, war am Dienstag in später Abendstunde wieder eine schwere Mordtat zu verzeichnen. Drei der Handlung ist wie damals, das Lokal „Eckelweiß“. Von den drei verletzten Personen ist ein Maler aus Königsberg, der einen schweren Kopfbruch erlitt, kurz nach seiner Entlassung in das Krankenhaus nach Bernau gestorben. Ein Postkammerling, der einen Mundbruch erlitt, liegt schwer darnieder. Ein anderer Postkammerling kam mit einer leichten Armverletzung davon. Alle drei sind, wie die Polizei auf Anfrage mitteilt, parteilos.

Die von dem Revolverüberfall betroffenen Personen lehrten am Abend nach der Einlieferung eines Gewerkschaftlers im Kometarium Gerichtsstraße in das Lokal „Eckelweiß“ ein. Sie hatten sich schon eine ganze Weile niedergelassen, als plötzlich von außen aus einem bisher noch unbekannten Täter sechs Schüsse auf das Lokal abgegeben wurden, von denen drei durch eine Scheibe gingen und drei der im Lokal sitzenden Personen getroffen wurden. Die Schüsse wurden aus einer Armepistole 08 abgegeben. Die Namen der abgetroffenen Patronen wurden später vor dem Hause gefunden. Außerdem fand die Polizei noch drei unbenutzte Geschosse.

Von Königsberg aus wurde sofort nach der verbrecherischen Tat die Berliner Polizei alarmiert, die kurz darauf mit einem größeren Aufgebot von Beamten am Tatort erschien. Jüngere Anhaltspunkte für die Täterhaft haben sich bisher noch nicht ergeben.

Wie Hitler Faschnacht feiert

Niemandem an seine Gedanken zu Ehren der Faschnacht

München, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Hitler erläßt in seiner Faschnachtsrede-Kammer des „Faschnachtsbesuchers“ einen Niemandem an seine Gedanken zu Ehren der Faschnacht. In dem Heftchen alles in dem Spalten steht, was man bisher über die „Faschnacht“ und „Faschnacht“ der armen SA- und SS-Männer vernommen hat.

Hitler wagt es, angesichts der furchterlichen Nazimorde der letzten Monate unerschrocken zu schreiben, daß „Tag für Tag Tausende von Nationalsozialisten, meist aus dem Hinterhalt heraus, angegriffen oder von feiger Übermacht überfallen und niedergeschlagen werden. Das ist der in Notwehr befindliche SA-Mann für den Verstoß, sein Leben zu retten, von der Justiz unerschrocken zu verfolgen und bestraft wird, wer den Hof und die Messerhaken der roten Nordbarden entzerrt, indem er sich ihrer erwehrt, wandert dafür selbst in das Justizhaus.“ So etwas wagt der Faschnachtsbesuch zu behaupten, obgleich noch eine Woche vor der Faschnacht in mehreren Bundesländern die Faschnacht ganz unbeschadet für laufende und ruhende Nationalsozialisten verlaufen ist.

Der Artikel enthält ferner ein ziemlich lausiges Gedächtnis über angebliche Proskripteure, von denen die Faschnachtsbesuchers

bedroht sein sollen, sowie die Aufforderung zu freiwilliger blindem Gehorsam gegenüber den Befehlen. In Zeitdruck heißt es dann: „Ich verbiete daher erneut auf das schärfste den Besitz von Waffen jeder Art nach den gesetzlichen Vorschriften.“ Ueber dieses „erneute“ Verbot werden die Faschnachtsbesuchers genau so belustigt sein wie über das weiter unten auch wieder einmal „erneut“ gegebene Verbot der absoluten Legalität: „An unferer unerhöhrlichen Geselligkeit werden alle Maßnahmen staatlicher Machthaber zerplüßern.“

Auch Hitlers oberster militärischer Leiter, der in den bolschewistischen Urmärdern zum Oberst avancierte 1923er Putschist Ernst Röhm, fühlt sich bewogen, seine „Kameraden“ der SA und SS zur Treue und zur Disziplin aufzufordern: „Steht — so lautet sein Heeresbefehl — eifrig und unerbittlich hinter euren Führern und harrt der Stunde, da der Ruf an Euch ertönt! Der Tag der Erfüllung wird kommen — unerbittlich, auf gesetzlichem Wege und mit gesetzlich geregelter Sicherheit.“

So schwächen sie von „gesetzlichen Wegen“, von Legalität und ähnlichen Dingen, ohne jedoch an ihre Versicherungen zu glauben. Sie reden davon, indem sie das Gegenteil meinen und überzeugt sind, daß ihr rausender Anhang sie schon richtig versteht.

Ein bescheidener Anfang

Der Stahlhelm läßt großspurig mitteilen, daß er die zur Zulassung des Volksbegehrens gegen den Preussischen Landtag erforderlichen, amtlich beglaubigten Unterschriften inzwischen aufgefunden hat. Ja, er hat es — wie er freudbestrohend hinausposaunt — nicht nur auf 20.000, sondern auf 25.000 amtlich bestätigte Unterschriften gebracht.

Als der preussische Innenminister es ablehnte, das Volksbegehren ohne die erforderlichen amtlich bestätigten Unterschriften zuzulassen, ließ der Stahlhelm erwidern, daß er die beglaubigten Unterschriften in den aller nächsten Tagen aus den Landesverbänden Berlin und Brandenburg allein beibringen werde. Tatsächlich hat er sie weder in den aller nächsten Tagen noch in Berlin und Brandenburg allein aufgebracht. Er hat mehr als acht Tage gebraucht und in dieser Zeit das ganze Reich abgegrast. Ein bescheidener Anfang.

Inzwischen die 25.000 Unterschriften tatsächlich amtlich beglaubigt sind, wird in den nächsten 14 Tagen durch Stichproben festgestellt werden müssen.

Die von dem Stahlhelm dem Preussischen Innenministerium zugesandten amtlich beglaubigten Unterschriften werden nunmehr durch einen eingehenden Prüfung unterzogen werden, ob die amtliche Beglaubigung tatsächlich vorliegt. Man wird sich im allgemeinen mit Stichproben begnügen. Wahrscheinlich wird dieses jetzt einzuleitende Verfahren 14 Tage bis drei Wochen dauern.

Schwerer Reinfall eines Deutschnationalen

Seine Versammlung endet mit einem Hoch: die Republik

Weimar, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Der deutschnationale Vizepräsident des Reichstags, Graf, der sich hier in einer öffentlichen Versammlung über die „Ver-gewaltigung der nationalen Opposition“ im Reichsparlament äußerte, erlebte einen bösen Reinfall. Einmal dadurch, daß ihm der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Grölich und der Geschäftsführer der Deutschen Volkspartei in Thüringen unter dem Beifall der Versammlung scharf entgegen-traten, und schließlich infolgedessen, als ein Republikaner nach dem Schlußwort des Herrn Grafen ein dreifaches Hoch auf die demokratische Republik ansprach, in das der größte Teil der Versammlungsbesucher einstimmte.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Grölich hielt Herrn Grafen entgegen, daß die deutschnationale Fraktion des Thüringischen Landtags bei der Aenderung der Geschäftsordnung, insbesondere hinsichtlich der Frage, ob Abgeordnete Zeitungen verantwortlich zeichnen dürfen, genau den entgegen-gesetzten Standpunkt eingenommen habe wie die deutschnationale Reichstagsfraktion anlässlich der Beratung der Anträge zur Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags. Die Sozialdemokratie habe der Deutschnationalen beim Verlassen des Reichstags nicht zugehört: „Auf Wiedersehen!“ Wenn es nach ihr ginge, könnten die Herren Deutschnationalen draußen bleiben.

Politische Rohlinge verurteilt

Am Dienstag wurden von einem Berliner Schöffengericht 7 Mitglieder eines kommunistischen Kollommandos zum Teil zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt.

Im September des vergangenen Jahres verübte die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, in einem Bereiche der Berliner Verkehrs-Gewerkschaft eine öffentliche Betriebsversammlung abzuhalten. Als Referent war der kommunistische Stadverordneter, der zugleich Aufsichtsratsmitglied der Betriebsgewerkschaft ist, ange-treten. Die Versammlung kam schließlich auch zustande, setzte sich jedoch nicht aus Kommunisten, sondern fast ausschließlich aus An-hörern der freien Gewerkschaften zusammen, die mit Recht die Leitung der Versammlung für sich beanspruchten. Als das verweigert wurde, brang der Kommunist Behrend mitten im Saal auf einen Tisch, um den etwa 50 Mann hartem zum großen Teil betriebsfremden Elementen das Signale zum Überfall auf die organisierten Arbeiter zu geben. Biergläser wurden geknickert, Tische umgeworfen und Messer geschwungen. Die gesamte Einrichtung des Lokals wurde vertrümmert. Vier freigewerkschaftliche Arbeiter wurden zum Teil schwer verletzt.

Das Gericht verurteilte Behrend wegen seines Verhaltens zu vier Monaten Gefängnis. Ein anderer der Prügelbeiden erhielt sechs Monate, während die fünf Komplizen je einen Monat ins Gefängnis wandern müssen.

Ein neuer deutschnationaler Verleumder

Stuttgart, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der einzige in Württemberg in den Reichstag gewählte deutschnationale Abgeordnete Wiber leistete sich in einer statt-gender Verleumdung seiner Partei heuchlerische Verleumdungen und Verleumdungen, die den Agitationsmethoden der Faschnachtsbesuchers an Stupellosigkeit nicht im geringsten nachstehen.

Wiber äußerte u. a. gegen die preussische Staatsregierung aus: „Aus aus Angst vor Herrn Eugen Berger bietet man jetzt alle Mittel an, um die nationalen Kräfte niederzuschlagen. Ich könnte mir vorstellen, daß Reichsbanner und Schutzpolizei in Preußen bereits zu einem Heereskörper verbunden sind. Ich könnte mir vorstellen, daß Tausende von Reichsbanner-Uniformen bereitliegen und daß bei den entscheidenden Kämpfen dieses republikanische Heer die

Reichswehr in Schach zu halten imstande wäre. Ich könnte mir noch mehr vorstellen. Man ist mit Frankreich in diesem Jahre ja sehr intim geworden. Ich könnte mir also denken, daß die derzeitigen Machthaber unter Führung von Herrn Breitscheid sich mit Frankreich so gut verstehen könnten, daß im Falle innerer Unruhen Frankreich zum Schutze des Young-Planens gegen die nationale Bewegung in Deutschland einmarschieren könnte. Ich beschaue nichts, ich weiß nichts, aber ich könnte mir das vorstellen.“

Mit den Deutschnationalen, dessen Repräsentant der Verleumder Wiber ist, sieht das Zentrum in Württemberg immer noch in der Regierung.

Konflikt in der Berliner Stadtverwaltung

Wegen Massenkündigung von Angestellten

In Anbetracht einer Verfügung des Berliner Magistrats, die Personalausgaben weitestgehend zu vermindern, sind bei der Berliner Stadtverwaltung Massenkündigungen von Angestellten erfolgt. Die Kündigungen gehen, wie aus einer Anfrage der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion zu entnehmen ist, so weit, daß eine ordnungsmäßige Erledigung der Verwaltungsgeschäfte gefährdet ist. Der Magistrat wird deshalb ersucht, der Stadtratsfraktion die Verantwortung umgehend in einer besonderen Vorlage mitzuteilen, welche Gründe zu dem Erlass der Verfügung maßgebend waren und bis zur Stellungnahme der Stadtratsfraktion ordnungsmäßige Erledigung der Verwaltungsgeschäfte auszusprechen bzw. die ausgesprochenen Kündigungen zurückzunehmen.

Ein Kranz auf das Grab Heines

In Paris auf dem Friedhof Montmartre wurde am Dienstag vormittag anlässlich des 75. Todestages Heinrich Heines von der Stadt Düsseldorf ein Kranz niedergelegt. Zu der Feier waren fünf Deutsche und drei Franzosen erschienen, außerdem zwei französische Journalisten und ein französischer Fotograf.

Gründung einer „Heinrich Heine-Gesellschaft“ in Hamburg

Anlässlich der 75. Wiederkehr des Todestages des Dichters ist in Hamburg heute eine „Heinrich-Heine-Gesellschaft“ ins Leben gerufen worden. Zu dem Gründungsakt in der Heimstätte des DGB, zu der der Buchhändler Carl Henry Homm und der Schriftsteller Dr. Hans Harbed eingeladen hatten, hatte sich vormittags ein Kreis Hamburger Heinefreunde zusammengelunden. Unter den Unterzeichnern des Gründungsaktes befinden sich: Herbert Gulenberg, Dr. Hanns Martin Ellert, Wieland Herzfelde, Hans Henna Zahn, Hans Leip, Hermann Wedel, Johannes Tralow, Alfred Seierle, Erich Ziegel und Prof. H. H. Hubben. — Die Hamburger „Heinrich-Heine-Gesellschaft“ will keine philologische Arbeitsgemeinschaft, sondern ein internationaler völkervereinlichender Geistesgemeinschaft von Menschen sein, die Heines Geist eine Kampfrichtung gegen jegliche Kulturreaktion bilden möchten und denen (wie es in der Werbung heißt) Pflege und Ausbreitung des unerschöpflichen Heineschen Geisteserbes als notwendige und dankbare Aufgabe erscheint. Geplant ist die Schaffung eines Heine-Archivs, einer Heine-Bibliothek und eines Heine-Festivals. In der Gründungsversammlung wies Herr Carl Henry Homm die Ziele der Gesellschaft, plauderte Hans Harbed über Heine und Hamburg und rief Oberlehrer Johannes Schult zur Unterstützung der Bestrebungen des Bundes auf.

Wider den Ritzfilm

In und vor dem Ufa-Kino in Berlin-Weißensee kam es am Dienstag abend anlässlich der Vorführung des Films „Das Flötenspieler in Sanssouci“ wieder zu großen Demonstrationen. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Snowden verteidigt seine Finanzpolitik

In der Fraktionsführung der Arbeiterpartei

Die Fraktion der Arbeiterpartei trat am Dienstag nachmittag zur Erörterung der politischen und wirtschaftlichen Lage zusammen.

Das einleitende Referat hielt Finanzminister Snowden. Er habe, so erklärte Snowden, zunächst verschiedene falsche Auslegungen seiner Unterhaus-Rede zu berichten. Bei einzigem guten Willen hätten niemals derartige Unrichtigkeiten herausgefunden werden können, die außerdem auch die finanzielle Stabilität Englands im Zustand zu gefährden drohten. Die Zeiten und die wirtschaftliche Lage seien jedoch derartig, daß nicht so fort-gefahren werden könne, als wäre alles normal. Das Defizit des Staatsbudgets sei groß und die Arbeiterregierung müsse versuchen, es auszubalancieren. Dies nur durch neue Steuern zu tun, wäre lediglich geeignet, die Lage des Volkes zu verschlimmern, bei dem zuletzt immer wieder alle Steuern hängen bleiben würden. Der einfachste Weg zur Verringerung des Defizits wäre die Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung gewesen. Das habe die Regierung jedoch abgelehnt, da eine solche neue Belastung für die Arbeiterschaft nicht tragbar sei.

„Niemand“, so fuhr Snowden mit großem Nachdruck fort, „habe ich außerdem einen Gedanken an Lohnabbau gehabt. Wenn ich von dem Opfer sprach, das alle Teile des Volkes in der gegenwärtigen Situation zu bringen haben, so ist es das, daß die Arbeiterschaft vorübergehend auf einen weiteren Ausbau der sozialen Fürsorge, die Familienrenten, Aufnahme von größeren Anteilen um verzichten muß. England hat im Krieg täglich über bis fünf Millionen Pfund Sterling ausgegeben. Wenn jetzt Lloyd George seine Pläne durch Realisierungen zu verwirklichen zu können glaubt, so sollte er daran denken, unter welcher Regierung die Kriegsschulden gemacht worden sind, die wir heute zu tragen haben und die ja von Lloyd George durch entsprechende Steuern nicht gedeckt worden sind. Die für die Kriegsschulden aufzubringenden Summen sind es, die uns heute fehlen, und die wir heute für soziale Zwecke haben müssen. Es wäre ein Verbrechen von mir, wenn ich der Labour-Partei nicht sagen wollte, wo wir stehen. Es ist die vornehmste Pflicht der Demokratie, daß die Führer ihrem Volk die Wahrheit sagen. Ich habe ein schweres Amt. Auf meinen Schultern liegt die ganze Schwere der ökonomischen Krise. Wenn man aber bei jedem Schritt mit Verfügen behandelt und jeder Schritt verächtlich wird, dann wird das Amt untragbar. Ich weiß jedoch aus meiner Kenntnis der Arbeiterbewegung heraus, wenn es gilt, den harten Tatsachen ins Gesicht zu sehen, weiß die Arbeiterbewegung immer wieder sie zu helfen.“

Labourfraktion für Snowden

London, 18. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Im Verlauf der gestrigen Fraktionsführung der Arbeiterpartei kündigte Finanzminister Snowden an, daß das Defizit in dem kommenden Budget 600 Millionen bis 1 Milliarde betragen werde. Diese Zahlen beleuchteten die kritische Lage in ihrer ganzen Tragweite und zeigten, daß allgemeine Opfer notwendig seien.

Im Verlauf der Debatte wurde Snowden, insbesondere von Vertretern der Unabhängigen Arbeiterpartei, außerordentlich scharf angegriffen. Die große Mehrheit der Fraktion hätte sich jedoch auf seine Seite.

Gandhi beim Vizekönig

Delhi, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Gandhi ist am Dienstag in Delhi eingetroffen. Er hatte eine vierstündige Unterredung mit dem Vizekönig, die am Mittwoch fortgesetzt wird. Später fand eine Zusammenkunft Gandhis mit dem indischen Führer und anderen Teilnehmern der Londoner Indien-Konferenz statt.

Sonntags-Anzeigen

Am 16. Februar abends 8 Uhr, verschied nach kurzem Leiden, ganz unerwartet, meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Frau Martha Onderka
geb. Thamm

im Alter von 51 Jahren und 7 Monaten.

Breslau, den 18. Februar 1931

Lehmhamm 8

6159

Der trauernde Gatte
nebst Kindern und Anverwandten

Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Halle II des Oswitzer Friedhofes.

Sonntag abend verschied nach kurzer, schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte, die Zwischenmeisterin

Agnes Landeck
geb. Reckner

im Alter von 43 Jahren.

Breslau, den 18. Februar 1931

Malthiasstr. 71

28 Gr.

In tiefer Trauer im Namen aller Hinterbliebenen:

Fritz Landeck und Kinder.

Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Pohlantwitzer Friedhofes.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband
Vorw.ungsstelle Breslau

Am Sonntag, dem 15. Februar, verstarb unsere langjährige Verbandskollegin

Frau Agnes Landeck

im Alter von 43 Jahren.

635

Das Andenken der Verstorbenen werden wir stets in Ehren halten

Die Mitglieder der Filiale Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Pohlantwitzer Friedhofes aus.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Vorw.ungsstelle Breslau

Am Sonnabend, dem 14. Februar, nachm. 3 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der

Hugo Barufke

im Alter von 58 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verw.ungsstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 18. Februar, nachm. 3 Uhr, kommunalfriedhof in Oswitz, Halle II, Tor 6.

Wilhelm Kuhnert

Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen
der Firma Friedrich Heckmann.

Beerdigung: Donnerstag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof Grabschen, Trauerhaus Grabschener Straße 179. 29 Gr.

Frau Christiane Winkler

im Alter von 60 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Oktavien Breslau.

Einäschung: Freitag, 20. Februar, vormittags 11 Uhr, im Krematorium in Grabschen, Trauerhaus: Weinstr. 65. Distrikt 22.

Anfängerkursus
in der deutschen
Volkskurzschrift
System Arends

für Frauen, Männer u. Jugendliche aller Berufe beginnt **Freitag, d. 20. Februar**, abends 7 1/2 Uhr im **Zwinger-Gymnasium**, I. Stock, Zimmer 5. Leicht erlernbar. Verhältnisse nicht erforderlich. Kursbeitrag einsch. Lehrmittel Mk. 2.
Arbeiter-Stenographenverein „Arends“.

GENANTS-VERLOBLINGS- HOCHZEITS-TODES-
ANZEIGEN
Volkswacht-Buchdruckerei
Friedrichstr. 179

Lebensbilder
— erzählt von Willy Cohn —
Wilhelm Liebknecht
Mk. 1. Bildes 80 Pfennige
Volkswacht-Buchhandlung

Am 17. Februar verstarb nach kurzem Leiden, infolge eines Schlaganfalles, meine herzensgute Frau, unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Großmutter

Frau Christiane Winkler
geb. Kossog

im Alter von 60 Jahren.

Breslau, den 18. Februar 1931.
Weinstr. 65

In tiefer Trauer

Gustav Winkler als Gatte
nebst Kindern und Anverwandten.

Einäschung: Freitag, den 20. Februar, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Grabschen. 6128

Der größte Berg Europas
und der größte Tonfilm unserer Zeit!



Darsteller:

Leni Riefenstahl / Ernst Udet
Sepp Rist / Ernst Petersen

Auf weltberühmtem Gipfel haust der Wetterwart vom Mont-Blanc. Grenzlos ist die Einsamkeit in den Wolken im ewigen Schnee und Eis. Silbernen Vogel gleich durchstößt ein tollkühner Flieger (Ernst Udet) die Nebendecke, bringt Menschen hinauf, denen der Berg Schicksal wird. Der Kampf mit rasenden Naturgewalten fordert Opfer. Doch aus Not, Tod und Verzweiflung erwächst das Glück einer großen Liebe. Gewaltig war der Film „Fitz-Patzi“ — gewaltiger, erschütternder

„Stürme über dem Montblanc!“

Vorverkauf ab 11 Uhr sowie Wertheim und Sarasch
Telephonische Platzbestellungen 53737

Ab Mittwoch täglich
Tonfilm-Bühne der Gebr. Henschberg

KONZERTHAUS

Jugendliche bis 5 Uhr halbe Preise

In jedes Haus ein Atlas

Walters Weltatlas 2,95
Dachers Weltatlas 15,00
Bis 1924 der Erde 45,00

Volkswachtbuchhandlungen Breslau

Morgen: Nur soweit Vorrat! 1 Wagen
weißes Porzellan
mit kleinen Schönheitsflecken
sehr gut ausfallend
Zum Selbstausverkauf!

- Abendbretteller . . . Stück 10 Pf.
- Obertassen Stück 10 Pf.
- Zuckerkränze Stück 10 Pf.
- Speiseteller Stück 10 Pf.
- Speiseteller Stück 24 Pf.
- Kaffeekassen . . . Stück 45 Pf.
- Saucieren in versch. Form. St. 68 Pf.
- Bratenplatten . . . Stück 68 Pf.
- Kompottschüsseln 25 cm rund 38 Pf.



Süßigkeiten
Süßwaren
Waldschmidt 38 I
Kauzbehalten

Brüderzeitungsdruckerei
Königsplatz 48

Reinigung
für alle Zwecke

Schiffahrt
für alle Zwecke

Logis für Herren
für alle Zwecke

Reinigung
für alle Zwecke

Jede Nähmaschine
für alle Zwecke

Schiffahrt
für alle Zwecke

Reinigung
für alle Zwecke

Suche reelle Person
für alle Zwecke

Reinigung
für alle Zwecke

Stadttheater
Mittwoch, 19.30 — geg. 23 Uhr
Abonn. Bort. B 13:
Das Spielzeug
Ihrer Majestät
Donnerstag, 19 — geg. 23 Uhr
Lohengrin
Freitag, 20.15 — 22.15 Uhr
Abonn. Bort. C 13:
Neues vom Tage

Lobe-Theater
Telefon 56747
Mittwoch u. Donnerstag
20.15 Uhr
Gastspiel
Alexander Kollji
mit eigenem Ensemble
Der Idiot
Freitag und täglich
20.15 bis 22.10
Sonntag auch 15.30
Die großen Hallelujah-Erfolge!
Souper
Hierauf:
Ein, Zwei, Drei
2 Spiele v. Franz Molnar

Zhalia Theater
Mittwoch, Donnerstag,
Freitag 20.15 bis 22
Das geht doch
über die Schnur
Sonntag 20.15
Zum 1. Male!
Ein Volksfeind
Schauspiel v. Henrik Ibsen

Schauspielhaus
Rt. 36300
Heute Mittwoch, d. 18.
Donnerstag, d. 19. und
Freitag, d. 20., 8 Uhr:
3 Händ-
Volksvorstellungen
Lori Leux
in 97.

Viktoria und ihr Husar
zu noch nie dagewesen.
Volkspreisen:
II. Rang 0,50 Mk.
Parkett 1.— „
I. Rang 1,50 „ usw.
Orchest. 4,00 „

Liebich
Tägl. 8 Uhr Sonntag 4 Uhr 30
Gastspiel
Otto Reutter

Circus Busch
Schaubühne
Heute ringen:
Leskiniewicz — Köhler
Petritz — Thompson
Kisch — Czirachin
Entscheidung:
Prochaska — Kawan

AKAZAR
THEATROSTR. 31
BROADWAY
GARTENSTR. 65
VERMÜGLINGS-
VARIETE-TANZ-
PALASTE.

Bettstellen
Eiche, kompl. 175.-
poliert, kompl. 160.-
Küchen 125.-
Nowomy
Weidenstraße 23/24

BITTE
bei allen Einkäufen
denk an die besten
unserer Leistung zu
berücksichtigen

Stellenangebote
für alle Zwecke

Tiefstand der Preise!

- Kissenbezüge**
Gr. 75/80 u. 80/100, gute Wäschestoffe,
bestickt und glatt, Stück 1,58, 1,35 **75 Pf.**
- Elegante Paradekissen**
Größe 80/100, mit reichen eleganten
Stickerei-Garnituren Stück **1,86**
- Kreas-Bettlaken**
130/200 cm groß, schwere Qual., Stück **1,75**
- Züchenstoffe**
nur in Kissenbreite, hell u. gedeckte
Muster Meter **48 Pf.**
- Gute, kräftige**
Küchenhandtücher
festb. ges., Größe 45/100 cm . . . Stück **29 Pf.**
- Weiß gebleichte**
Damasthandtücher
ges. u. geb., Größe 45/100 cm . . . Stück **58 Pf.**
- Linon-Bettbezüge**
kompl. Bezug m. 2 Kissen, Kissengr.
75/80 u. 80/100, je nach Größe 5,75 **5,45**
- Ungebleichter Nessel**
für einfache Wäsche und gewerbliche
Zwecke geeignet, 80 cm breit, Meter **18 Pf.**
- Bett-Inlett**
federdichte Körperqual., rot, Deckbett-
breite Meter 1,65, Kissenbreite Meter **95 Pf.**
- Damenhemden**
mit Träger, Stickerei-Garnierung,
Stück 1,19, 78 **58 Pf.**
- Kunstseidene Futter-**
Damen-Trikotschlepper
verschiedene Farben. Paar **1,35**
- Kunstseidene, feinfarbige**
Damen-Prinzebrücke
2 Teil m. Spitzen garniert, Stück 1,85 **1,45**
- Groß. Gummi-Hauschürzen**
ergostärkte Träger u. Bänder, prahl.
Farben, schwere Platte Stück **95 Pf.**
- Frottierhandtücher**
mit bunten Streifen Stück **39 Pf.**
- Stickerei-Hemdenpassen**
moderne Muster Stück **28 Pf.**
- Trägerstickereien**
in vielen Ausführungen . . . Meter **15 Pf.**
- Schweizer Vollvoile**
112 cm breit, weiß Meter **95 Pf.**
- Volant-Gardinen**
ca. 65 cm breit, best. durchwirk.,
Meter **45 Pf.**
- Scheibengardinen**
Einzelpaare, in vielen sehr schönen
Verarbeit., zum Selbstausst., Paar **68 Pf.**
- Künstlergarnituren**
aus Etamine, mit Volant, 3teilige
Garnitur 2,95 **1,95**
- Schlafdecken**
mollige Qualität,
einfarbig u. weiß, mit eingewebten
Kant. usw., je nach Ausfüh. St. 1,45 **95 Pf.**
- Rouleautoffe**
130 cm breit, weiß u. cremefarbig,
Damast Meter 1,55, Körper Meter **98 Pf.**
- Weiße**
Waffelbrotdecken
mit Frause, volle Größe, durchweg St. **3,75**
- Damen-Berufsmäntel**
weiß, 2 aufgesetzte Taschen, bis
Größe 48 Stück **2,45**



Aus dem Gerichtssaal

Die „Waffen“ der Kommunisten

Bei Nationalsozialisten ist man nicht so rasch dahinter

Dieser Tage sollten vor dem Erweiterten Schöffengericht jene Kommunisten abgeurteilt werden, die sich bewaffnet in einer politischen Versammlung befunden haben sollten, sich also somit eines Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Juli 1930 vergangen haben. Das Ergebnis der Verhandlung war recht günstig; auch das, was man als Waffenlager bezeichnet hatte, waren einige Schlagsigna, ein paar Taschenmesser und eine Zange, also zum Teil Aquisiten, die heute fast jeder Mann in der Tasche hat. Dieses „Waffenlager“ hatte auf dem Richterlich Maß gefunden, und nach beendeter Verhandlung wurde es beschlagnahmt. Wie ganz anders war doch das Waffenlager in Jätschewitz; und ganz andere Kunde würde man machen, wenn man mal daran gehen würde, die Nationalsozialisten auf Waffen zu untersuchen.

Der Anlaß für diese Verhandlung, die das stärkste öffentliche Interesse hervorgerufen hatte, war ein kommunistischer Versuch am Abend des 3. Dezember vorigen Jahres. Nachdem man in Jätschewitz so viel richtige Waffen gefunden hatte, glaubte man auch bei den Kommunisten einmal nachsehen zu müssen. Jeder politisch eingestellte Mensch kennt zwar die bestehende Verordnung, daß er bei einem Umzuge Waffen nicht mitführen darf, ja daß selbst das Taschenmesser in der Hand zu lassen. Hier wurde aber ein kleiner Trupp von circa 60 Personen in die Mustersäle abgedrängt, um sie auf Waffen zu untersuchen. Als die Wiltation der an der Spitze marschierenden Kommunisten erregte, warfen die anderen alles weg, was nur nach Waffen aussehen konnte, und als die Polizei dann alles sammelte, ergab sich das bereits oben gekennzeichnete Waffenlager.

Unter der Anklage, sich gegen die betreffende Verordnung verweigert zu haben, standen nun der Kaufmann B., ein Kommunist, der aber nicht der kommunistischen Partei angehört, und der Schloßer Sch., der früher der SPD. angehört haben will, aber aber parteilich ist. Sch. hatte, als man seine Personalschlüssel mit einem Schlüssel einer Zange gefaßt, daraus wurde entnommen, daß ihm die Zange gehören müsse. Das konnte bei Selbstverständlichkeit nicht nachgewiesen werden, weshalb auf Antrag des Staatsanwalts keine Freisprechung erfolgte. Er gab an, sein eines Taschenmesser gewesen zu sein. Er habe sich selbst schon seit längerer Zeit bewaffnet, zu seinem persönlichen Schutz gegen das verabschiedete Kundgebung, da er schon mehrere Male von Nazis überfallen und mißhandelt worden sei. Er stellte sich entziehen in Abrede, an dem Umzuge teilgenommen zu haben. Er habe völlig außerhalb des Zuges gestanden. Ein Polizeibeamter will aber den Angeklagten ganz bestimmt als unter Vernehmung erkennen, die an der Spitze des Zuges marschiert waren. Einen Zeitraum hinterläßt er für vollständig ausgeschlossen. Das Gericht war aber vorsichtig genug, die Sache gegen B. zu vertagen, um neue Zeugen zu laden, da er einen Beweis dafür ansetzen will, daß er sich in mehreren Metern Entfernung vom Zuge befand. Der Staatsanwalt hatte den Beweis für überführt angesehen und gegen ihn die niedrigste mögliche Strafe von drei Monaten beantragt.

Die Schloßkammer zu Gefängnis verurteilt

Das Ende des Giersdorfer Prozesses

Am Sonntagmorgen ging der eigenartige Prozeß zu Ende, der seit langem der Gerichte beschäftigt haben dürfte. Eine außerordentlich geschickte, gewandte Kautschuk-Gewinnung und Hirsberg, die trotz größter Bemühungen die Kaufsumme von 24 Millionen für die Bildung Giersdorf nicht aufbringen konnten, wurden wegen Situations zu insgesamt drei Jahren neun Monaten Gefängnis verurteilt, woran Hirsberg zu zwei Jahren sechs Monaten am härtesten beteiligt ist.

Insoweit das Gericht zwar als wahr unterstellte, daß der Angeklagte ernstlich bedürftig war und auch ernsthafte Verhandlungen zur Bekämpfung der Geldnot geführt wurden, hielt es doch nicht für angebracht, die Sache für erledigt zu erklären. Es handelte sich nicht um eine Million, doch immerhin um die Verpfändung von Immobilien. Das Gericht erinnerte auch die Abkömmlinge, daß die Schloßkammer zwecks Begehung anderer Verbrechen als Ausbaugebiet hätte benutzen wollen. Das Gericht ließ ihnen nur Durchgangskarten, ein Spekulationsobjekt, um nicht Mittel zum Zweck werden.

Die Abkündigung des Strafmahns hat das Gericht kräftigst kundgegeben, daß die Angeklagten sehr gerührt und schmerzhaft, kampflos das Verhalten des Grafen Giersdorf, und daß sie sich endlich Hilfe gaben, das erforderliche Geld anzuschaffen. In einigen Fällen wurde auf Freisprechung erkannt. Bei Gembus hielt das Gericht drei Betrugsfälle für erwiesen; bei Hirsberg sechs vollständige und einen unvollständigen und verurteilte Gembus zu einem Jahre drei Monaten, Hirsberg zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis. Jedem werden fünf Monate auf eine früher eingeleitete Untersuchungshaft angerechnet. Es wurde betont, daß das Gericht weitgehende Hilfe habe leisten lassen, um ihnen den Weg in die Gesellschaft (!!) nicht zu versperren. Bewährungsstrafe wurde abgelehnt. Jedem Einzelnen wurde freigesprochen. Verurteilten werden Beratung einlegen.

Der Anführer in Wierwitz

In der Verurteilung gibt es Freispruch

Vor der I. Großen Strafkammer als Verurteilungsinhalt wurde nach einmal jener Anführer in Wierwitz aufgerollt, zu dem die Teilnehmer der Veranstaltung gaben. Ausgerufen am Wahltag, am 17. November 1929, hatte der Stahlhelmführer Kurt Ruttner mit dreißig Mann seinen Wierwitzer Genossen einen Besuch abgeleistet. Die provokierend sich diese Stahlhelmführer benommen haben, ist sich am besten daran erkennen, daß er hoch zu Ross seine Mannen anführte und so durch das Joch. Deshalb ist eigentlich nach Wierwitz gekommen waren. Er hat bald heraus, als einige von ihnen im Laufe des Tages die Freiheit in Wierwitz ausüben wollten. Schon vor dem Antritt kam es zu einem Handgemenge, denn von der Rabzuzug waren Wahlplakate der SPD. abgerissen und zerstört worden. Doch immer wieder wurden schwerere Zusammenstöße durch die Besonnenheit der Wierwitzer Genossen vermieden. Doch als beim Abzuge kam es zu schweren Gewalttätigkeiten. Die Ruttner gegen das Wahllokal und als sich ihnen der Landbesitzer entgegenstellte, wurde er schwer mißhandelt und erst nach einiger Zeit zwei Stiche in den Oberbauch. Auch andere Personen wurden mißhandelt und geschlagen, denn in der Folge erhaltene plötslich der Ruf: „Spaten heraus!“ Auch Arbeiter und Läden wurden eingeschlagen, so daß die Situation außerordentlich bedrohlich war.

Mit Recht machte man für die ganze Sache den Anführer Ruttner, Hirtler, verantwortlich. Es traten in der Verhandlung vor dem Schöffengericht auch eine Reihe von Zeugen auf, die mit Bestimmtheit bezeugten, daß sich Hirtler als Kaderschiff in der gewalttätigen Menge erheblich hervorgetan habe. Er ist schon nachher in der Verhandlung zu dem Schöffengericht zu einem Jahre Gefängnis. Der Anführer Herbert Hirtler hatte den Landbesitzer geschlagen. Er wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Der Hausknecht Willi Moser, ebenfalls von seinem Spaten erheblichen Gebrauch gemacht

hatte, und auch Türen und Fenster des Wahllokales demolierte, erhielt sechs Monate Gefängnis. Vier weitere Angeklagte wurden freigesprochen. In der Verurteilungsinhalt konnte die Art der Beteiligung des Hirtler nicht mehr einwandfrei festgestellt werden. Die über ein Jahr zurückliegenden Ereignisse waren im Gedächtnis der einzelnen Zeugen erheblich verwischt und nicht zuletzt ist es gerade bei solchen Sachen möglich, durch geschickte Zwischenfragen den tatsächlichen Sachverhalt zu verwischen und zu verwirren. So war es auch hier, so daß schließlich der Staatsanwalt die Freisprechung des Hirtler beantragte, die dann auch erfolgte. Auch bei Hirtler und Moser wurden die Urteile dahin abgeändert, daß Hirtler zu sechs Monaten und Moser zu einer Woche Gefängnis verurteilt wurden.

Stjuden sind Freiwillig für die Nazis

dokumentiert durch ein Gerichtsurteil

Wer es noch nicht wußte, der konnte es dieser Tage wieder vor Gericht hören: Der Nationalsozialismus ist nicht eine Bewegung, die die rohe Gewalt will, sondern die mit geistigen Waffen kämpfen will. Es besteht eine strenge Zucht in der Partei und wer sich nicht fügen will, der wird ausgeschlossen oder er wird selbst zu gehen veranlaßt. Stellt man diese schönen Reden den Tatsachen gegenüber, daß sich gerade die Nazis täglich als politische Kowards betätigen, so muß man sich nur wundern, daß das Gericht auf solche schönen Reden hineinfällt und dem Angeklagten Waldmann dokumentierte, daß er als treuer Anhänger Hitlers sich auch streng nach seinen Anweisungen richte und deshalb alle Gewalttätigkeiten verwerfe.

Der nationalsozialistische Agitator Waldmann hatte im Dezember 1929 ein Flugblatt verbreiten lassen, auf dem, wie üblich, die Juden angepöbeln wurden. Geschmackvollerweise verglich man sie mit einem Floh, den man, weil er beißt und würgt, ebenso behandeln müsse, wie den Juden. Im weiteren wird dann noch ausgemacht, was man mit einem Floh macht und dieselbe Ruhanwendung auch auf die Juden übertragen. Das erweiterte Schöffengericht hatte den Floh-Waldmann im August v. J. wegen Aufreizung zum Klassenkampf zu 300 M. Geldstrafe oder zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Nach seiner Verurteilung beschimpfte er demals das Gericht, so daß ihn das Gericht sofort zu einem Tage Haft wegen Ungehorsam vor Gericht verurteilte. Vor einiger Zeit war bereits die Verurteilungsinhalt gegen Waldmann angelegt; er mußte aber vertagt werden, weil er sowohl den Vorurteil als auch einen Zeugen als befangen ablehnte. Für die neuerliche Verhandlung am Donnerstag war ein ganz besonderer Gerichtshof unter Vorsitz des Amtsrichters und Medemeyer zusammengesetzt worden, so daß der Angeklagte keine Veranlassung fand, einen Ablehnungsantrag zu stellen. Allerdings war eine Frau Generalin, die als Schöffein sitzen sollte, im letzten Augenblick erkrankt, so daß man Eriag herbeischaffen mußte. Der Angeklagte verlangte seine Freisprechung und sein Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Ferner leide dar, daß der Angeklagte, wenn er von Juden angepöbeln habe, nicht die in Deutschland lebenden meine, sondern jene Stjuden, die wie Röhre zu uns herüberkommen und uns das Blut auslaugen. Da sich aber

Onkel Doktor beim Konjunktium

Streit um medizinische Begriffsdeutungen im Betrüger-Konjunktiumprozeß Freispruch eines Arztes mangels Beweises

Arzte und andere approbierte Medizinpersonal, welche ein unrichtiges Zeugnis über den Gesundheitszustand eines Menschen zum Gebrauche bei einer Behörde oder Versicherungsgesellschaft wider besseres Wissen ausstellen, werden mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft. (§ 278 des Strafgesetzbuches.)

Das Konjunktium ist bekanntlich ein sehr gut eingestrichelter Betrug auf Gegebenen eingeht, gehört bei ihnen die „rationelle“ Ausnutzung gewisser Möglichkeiten der Gerichtsverfahren. So war es lange Zeit möglich, sich gegenseitig die Harmlosigkeit mit wechselnden Rollen zu bezuehen, so war es möglich, Zeugnishaften herausmäßig und unerschütterlich zu erheben, so war es mitunter auch möglich, in unbedeutenden Fällen, wegen denen man vor Gericht zu erscheinen hatte, plötslich zu erkranken; so zu erkranken, daß ein Erscheinen vor Gericht ganz ausgeschlossen war. Dazu brauchte man natürlich eine Fälschung, ein ärztliches Attest, das auch jedesmal prompt vorgelegt wurde, es sei nun um die notwendigen Herbeischaffen des überhaupt sehr dramatisch voranliegenden Herrn Dingler, um Unterleibsleiden einer weniger bedeutungsvollen Angeklagten, oder um die angebliche Nierenkrankheit von Frau Kr. handelte.

Diese Atteste

stammten meist von dem praktischen Arzt Dr. Guttmann. Der während des Prozesses zum Staatsanwalt beförderte Mediziner Schwarz, der ja die Juden dieses etwas bunten Anzuges verschiedener Begebenheiten mit Geschick entwirrt hat, vermutete daher auch hier Zusammenhänge konkreter Art und erhob auf Grund des oben angeführten Paragrafen Anklage, da seiner Ansicht nach die Atteste infolge der veränderten Lebensumstände und ihrer überaus allgemeinen Formulierung unrichtig waren.

Es war nicht ganz leicht, sich durch diese Materie hindurchzusetzen, denn ein ärztliches Zeugnis ist in gewissem Sinne immer ein Ergebnis subjektiver Beurteilung, deren Grenzen überaus weit gezogen werden müssen. Daher hat man bei der Anklage aus den für dreißig Konjunktiumsarten nur fünf herausgriffen und zur Grundlage dieses sehr interessanten Verfahrens gemacht. Die Beurteilung wurde natürlich sehr sorgfältig von den Sachverständigen beeinflusst. Die bezuete Arzte äußerten sich dabei wesentlich härter als die freien Ärzte, die auf Antrag des Verteidigers Dr. Ruttner am Montag noch

mit dem Begriff „Stjuden“ unmöglich die Juden in Deutschland identifizieren können und der Angeklagte nach den Lehren Hitlers jede rohe Gewalt ablehne, müsse er freigesprochen werden. Der Staatsanwalt hatte zwar eine Erhöhung der Strafe auf 350 M. beantragt, weil das Flugblatt sehr verheißend sei, aber das Gericht folgte den Ausführungen der Verteidigung und unterstellte als wahr, daß sich der Angeklagte nach den strengen Anweisungen seiner Partei richte und man deshalb annehme, daß der Angeklagte bei Abfassung des Flugblattes nicht das Bewußtsein gehabt habe, daß er sich damit einer Aufreizung zum Klassenkampf schuldig mache. Schließlich wurde ihm auch noch dokumentiert, daß er jedenfalls die Stjuden gemeint habe.

Das Fischessen in Winzig

Die erwischten Einbrecher.

Eines Nachts im August 1928 war von unberufenen Tätern der Fischteich in Bellawe abgefahren worden und die Raubfische hatten circa einen Zentner Fische erbeutet. Da aber in jenem Jahre ein besonders trockener Sommer war, erlitten sehr viele Fische im Schlamm, da das Wasser sich nur langsam sammelte. Die Täter hatte niemand gesehen, auch keine lange jede Spur. Erst viel später behaupteten böse Zungen, daß die Fische zu einem Fischessen, das in einer Gastwirtschaft in Winzig stattfand, und an dem die Honorationen der Umgegend teilgenommen hatten, aus dem Bellawer Teich stammten. Im Jahre 1928 waren aber in jener Gegend noch viele andere Diebstähle verübt worden. So wurden in Ralawe ein einem Gutsektor 4 Kammern und 3 Enten gestohlen. In Ralawe hatte man einem Besitzer 2 Fretchen gestohlen und schließlich war noch der Fischteich in Bellawe um 15 Pfund Fische erleichtert worden. Als dann in Winzig ein Einbruch in einen Uhrenladen verübt werden sollte, wurden die Täter gestift; denn der Geschäftsinhaber hatte das Attribut der Schaufensterreihe gehört und die Täter verlor. Jetzt hatten sich vor dem erweiterten Schöffengericht eine Reihe von Personen aus Kleßwitz und Winzig zu verantworten und zwar der Arbeiter Karl D. wegen Einbruchdiebstahl im Rüdtsche und wegen einfachen Diebstahls, der Gastwirt Leo P. wegen Mittäterschaft, sein Vater und ein Bruder des P. wegen Hehlerei. Karl P. wurde zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, Leo P. zu 5 Monaten Gefängnis. Der Vater D. wurde mangels Beweises freigesprochen und der Bruder des P. wegen Hehlerei anstelle von 2 Wochen Gefängnis zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Fischessen wurde jedoch nicht ganz geklärt.

Kleine Justiznachrichten

In der Strafsache gegen Schneider und Genossen (Millionenerbittelsache) ist auf Antrag des Professor Dr. Reuter beschlossen worden, die angeklagte Frau Hartmann zur Beobachtung ihres Geisteszustandes in eine öffentliche Irrenanstalt unterzubringen. Sobald dieser Beschluß rechtskräftig geworden ist, wird Frau Hartmann in die Unterwärts-Krankenanstalt überführt werden. Mit Rücksicht hierauf wird Hauptverhandlungstermin erst alsbald nach Otern stattfinden.

Von anderer Seite wird uns gemeldet, daß Herr Robert Miska, der in der Spreidiebstahlsache Kofschnick verhaftet worden war, am 7. Februar 1931 ohne Stellung einer Kaution aus der Unterjuchungshaft entlassen worden ist.

während der Verhandlung geladen wurden. Man tritt sich vor allem sehr lebhaft über die

Begriffsdeutung „bettlägerig“

für die der Angeklagte in sehr ungeschickter Form die verschiedenen sprachlichen Begründungen zu geben versuchte, aber doch nicht beitreten konnte, daß er Bettlägerigkeit als Verhinderungsgeschäft attestiert hatte, obwohl einmal die Patientin nur zwei Tage zuvor in der Strehkammer gewesen war und die andere sich des Urteils durch einen Seitenhaken. In dem letzten Fall war wahrscheinlich die allgemeine Erkrankung, die schon mehrere Monate anzuwarte, Anlaß, Bettlägerigkeit anzunehmen, um aber zu attestieren, mußte man sich davon überzeugen, meinte der Kreisarzt von Kottlau. Ebenso wird ein Urteil beantragt, indem nach einer Untersuchung über den Kleider der Angeklagten Kr. Nierenkrankheit festgestellt wird. Sehr oberflächlich — aber das ist zweifellos eine Allgemeinerkrankung — waren die auf den Urteilen vermerkten Diagnosen. So wurde bei einer bevorstehenden Heilgurt anlaß „Unterleibsveränderung“ bei einer anderen Patientin „überhörsche Erkrankung“ angegeben. Betreffender wie viele in jedoch nach der Fall Dingler. D. wird von Guttmann, der übrigens vor Jahren auch dem Mörder des Genossen Doktor Nierenkrankheit infolge Lungenleidens und Einschränkung seiner Verteidigungskapazität attestierte, schon seit Jahren behandelt, offenbar auch honoriert. Er will daher keine querulierende, nervöse psychopathische Art besonders gut kennen und mit gutem Grund die

Berhandlungsunfähigkeit bezeugt

haben, wobei ein sechs Monate zuvor vorgenommener Autounfall Dinglers eine wesentliche Rolle spielt.

Der Staatsanwalt ist der Auffassung, daß weder der Autounfall noch die Veranlagung D. gebildet habe, sechs Tage vor dem Termin eine Geldausweitung zu unternehmen, die Gerichtsverhandlung daher logischerweise keine Gesundheit auch nicht ernsthaft gefährdet haben könne. Aus ein Gutachten von Prof. Straßmann hat seinerzeit keinen Hinderungsgrund für Terminfähigkeit erkannt, während ein anderer Sachverständiger den Schwerkranken D. gar nicht zu Hause antrat.

Eine weitere Befragung bilden verschiedene Jugendaussagen darüber, daß G. im Konjunktiumkreis gut eingeführt war und Holländer ihn sogar als empfehlenswerten Arzt für Anträge weiter empfohlen habe, möge sich der Angeklagte mit dem Hinweis wehren, daß er aus seiner Kassenpraxis bei einem Durchschnitt von 50 Patienten allein 20 000 Mark Einnahmen verneure und so etwas nicht nötig habe; das einzig wirklich zu wertende Argument gegen die sonst nicht reiflos günstigen Einträge der Verhandlung, die allerdings für das Handeln „wider besseres Wissen“ wenig Greifbares ergibt. Ein unglückliches Vorgehen nicht gerade zu Ehren des Anwaltsstandes erlaubt sich der Sachverständiger Ruttner, als er sich gegen den in Untersuchungshaft befindenden Zeugen Fr. wendet und, statt dessen bekannte, leicht psychopathische Veranlagung zu unterstreichen, von einem „bekannten Quanten“ spricht, der „auf diese Weise sein eigenes Gehirn auch noch verloren habe“. Man braucht nicht Arzt zu sein, um den sachlichen Widerstand dieser Behauptung zu widerlegen, zu dem der heutige Stand der medizinischen Wissenschaft wirklich keinen Anlaß bietet. Schließlich noch als die sachliche Mangelhaftigkeit ist jedoch der Ton und die Form dieser „Argumentation“, die für sich, nicht aber für denjenigen spricht, der sie draußt.

Der Staatsanwalt beantragte schließlich drei Monate Gefängnis, das Gericht aber sprach Dr. Guttmann frei, da zwar das Wort „bettlägerig“ objektiv unrichtig angewandt wurde, subjektiv aber das Handeln „wider besseres Wissen“ nicht nachweisbar war.

Heut, 20 Uhr:

Große Kundgebung gegen die Nazioten

mit dem Genossen Carl Mierendorf, M. d. R.

im großen Saale des Schießwerders

Genosse Stern-Wien spricht über den Österreichischen Faschismus

Genosse Mankus berichtet über seine Erlebnisse in Steier

Alle sonstigen Parteiveranstaltungen fallen aus

Ordnerdienst: Abteilung Odertor und Sändtor

Eintritt 20 Pf. Partei-Mitglieder 10 Pf.

Erwerbslose Partei- und Gewerkschaftsmitglieder frei

Aus der Umgebung

Herr Müller will sparen

Kampf um Einstellung einer Hilfskraft im Neumarkter Stadtparlament

Eingangs der Montagssitzung der Neumarkter Stadt-Verordneten-Versammlung wurde der Ratscherrmeister H. Müller von der Wirtschaftspartei für den ausgeschiedenen Herrn Schwerdt in sein Amt als Stadtverordneter eingeführt und vom Bürgermeister durch Handschlag verpflichtet. — Dann wurde der Antrag einer Hilfskraft und einem Antrag auf weitere Befreiung eines Pächters zugestimmt. — Bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung, Einstellung einer Hilfskraft, kommt es zu einer überaus regen Debatte, denn der Stadtverordneter Herr Müller (Wirtschaftspartei), lehnt die Einstellung mit der Begründung ab: „Wir müssen sparen“. Während einer Ausführungen wird er vom Vorsitzenden aufgefordert, sich von einem Platze zu erheben. Genosse Kowitz fordert dagegen, dass entgegen dem Vorschlag des Finanzamtes ein hiesiger Arbeiter eingestellt werde. Genosse Kutz stellt hierauf einen Antrag auf Verlagerung der Vorlage, was jedoch abgelehnt wird. Die endgültige Genehmigung des Kreissteuerbetrages wird abgelehnt. Einkinnigig zugestimmt wird der Grenzregulierung im hiesigen Stadteigenem Gelände und dem des Müllermeisters. Ebenso wird die Getreidesteuer genehmigt. Die Annahme eines Darlehens von 100 000 Mark zur Deckung des Defizits wird von der Wirtschaftspartei bekämpft, weil keine Möglichkeit zur Abdeckung vorhanden sei. Genosse Dillig stellt darauf den Antrag, ein Darlehen mit fünf bis zehnprozentiger Abzahlungsfrist aufzunehmen, was mit einer Stimme Mehrheit angenommen wird. Ebenso wird die Zustimmung zu Ersparnissen für verschiedene Kommissionen erteilt. Genehmigt wird weiter der Antrag des Magistrats auf Erhöhung der Police der Haftversicherung und zur Entfernung und Beschneidung von Bäumen der Gartenstraße Zustimmung erteilt. Zum Schluss bespricht sich Stadt Müller dagegen, daß dem pensionierten Bürgermeister Nerlich monatlich 110 Mark mehr gezahlt werden, als es das Gesetz vorschreibt. Der Bürgermeister vertritt diese Angelegenheit in der nächsten öffentlichen Sitzung klären. Anschließend an die öffentliche fand eine geheime Sitzung statt.

Die Maul- und Klauenseuche

Unter den Viehbeständen des Gutsbesizers Helmut Reichholz in Groß-Saabor ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

In der Ortschaft Peltshüh und auf dem Vorwerk Peltkau bei Rothföhren ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Unrichtigkeit. In dem letzten Bericht der Gemeindevorstellung ist verhehentlich der Vorname des Gemeindevorstellers Hanschke nicht genannt worden. Selbstverständlich handelt es sich nicht um den Vertreter der Arbeitervereine, sondern um den Delegierten Hermann Hanschke. Gemählt wurde in den Schulverband nicht Hanschke, sondern Garmereibitzer Thigior.

Malteser. Versammlung des Fabrikarbeiterverbandes. In einer gut besuchten Versammlung sprach am Sonntag vormittag Kollege Thiemer-Breslau über das Thema „Wirtschaftskrise und die Stellungnahme der Gewerkschaften“. Er beleuchtete eingangs die Entstehungsurachen der Krise und die katastrophalen Folgen auf dem Arbeitsmarkt. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung: Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft, Verwaltung durch die sozialistische Gesellschaft. Seine Ausführungen ernteten reichen Beifall. Anschließend wurde in der Diskussion die augenblickliche Lage für die Arbeiter der Zellulosefabrik besprochen.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 12, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 10-17
Telefon 7908, 7909
Geöffnet von 9-11 und 16-19 Uhr

Achtung, Teilnehmer am Wochenendkurs!

Der Wochenendkurs des Unterbezirks Breslau-Land-Neumarkt-Nimptsch, welcher am Sonntag, dem 21. und Montag, dem 22. Februar, im Zimmer 78 des Gewerkschafts-Hauses in Breslau durchgeführt wird, beginnt

Sonntag, nachmittags 6 Uhr,
Montag, vormittags 9 Uhr.

Alle gemeldeten Teilnehmer müssen um diese Zeiten erscheinen. Nehmt bei diesem Kursus teil Genosse Dr. Frankel, Berlin, Ortsgruppenführer, Referent, nehmt möglichst reichlich teil. Selbstverständlich sind interessierte Genossen gerne gesehen. Mitgliedsbuch gilt als Ausweis. Wer Quartier wünscht, muß dies sofort melden.

Unterbezirkssekretariat.

Zindel. Donnerstag, den 19. Februar, 20 Uhr, bei Scheffe Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Kanfle. Donnerstag, den 19. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Jarbes. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Meleschitz. Freitag, den 20. Februar, 20 Uhr, bei Saugwitz öffentliche Versammlung. Redner: Janssal.

Groß-Raditz. Freitag, den 20. Februar, 20 Uhr, bei Die öffentliche Versammlung. Redner: Genosse Janssal.

Drauschnitz. Freitag, den 20. Februar, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Redner: Genosse Grisch.

Ollschitz. Freitag, den 20. Februar, 20 Uhr, bei Die öffentliche Versammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Alle können durch Mitglieder eingeführt werden. Die Besondere Mitglieder treffen sich eine Stunde früher.

Kalters. Freitag, den 20. Februar, 20 Uhr, bei Schalk in Die öffentliche Versammlung. Redner: Genosse Janssal.

Wodau. Freitag, den 20. Februar, 20 Uhr, bei Wende, Frauenvereinsrunde. Wir hoffen, daß alle Frauen erscheinen.

Neubauer Schwarz-Rot-Weiß

Öffentliche Versammlung

Freitag, den 20. Februar, 20 Uhr, im Vereinslokal „Roter Stern“ in Die öffentliche Versammlung. Alle Interessierten werden ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen und möglichst zahlreich zu erscheinen.

Eröffnung der 2. Periode des Kampfes um die Errichtung eines neuen Kulturhauses in der „Rothemühle“. Am Sonntag, den 22. Februar, 10 Uhr, im „Rothemühle“. Am Sonntag, den 22. Februar, 10 Uhr, im „Rothemühle“.

Öffentliche Versammlung

Freitag, den 20. Februar, 20 Uhr, im Vereinssaal „Roter Stern“ in Die öffentliche Versammlung. Alle Interessierten werden ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen und möglichst zahlreich zu erscheinen.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Ausbruch der Vorposten

Reichsbetriebsrätekonferenz des Gesamtverbandes

Ein wichtiger Generalappell! Der Aufruf des Gesamtverbandes zur Betriebsräte-Wahlbewegung des Frühjahres stand im Zeichen des Angriffs. Die freigeordneten Arbeiter sind sich der Bedeutung des Kampfes um die Betriebe bewußt und daher brach auf der Betriebsrätekonferenz des Gesamtverbandes, die am Montag im Berliner Gewerkschaftshaus begann, immer wieder aus Debatte und Vortrag spontan der Ruf nach Abrechnung mit den Feinden der organisierten Arbeiterbewegung, mit den Kommunisten und Nationalsozialisten, und wie eine Zankfaser wirkte die Rede Böpels, des Arbeitsrechters des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der mit fesselnder Klarheit und aus dem Vollen schöpfend zwei Stunden lang die gespannteste Aufmerksamkeit der Konferenz zu sichern verstand.

Körpel aderte tief. Seine Darstellung des Wesens, der Bedeutung, des Zwecks und des Ziels des Betriebsrätegedankens wirkte wie ein Scheinwerfer. Gegenüber den Schwärmern, die „schnell fertig mit dem Wort“, das Betriebsrätegesetz herunterreißen, weil sie es aus Unfähigkeit nicht zu handhaben und auszurufen verstehen, und weil sie nicht mit den Gewerkschaften, sondern gegen sie arbeiten, zeigte Körpel in seiner Beleuchtung der sozialen Seite des Betriebsräteproblems, daß zum Wohle der Belegschaft unendlich viel Gutes geleistet werden kann und muß und zwar auch heute schon — wenn die Betriebsräte sich aus dem Arsenal der Gewerkschaften ihre Waffen holen und von den Gewerkschaften sich lagern lassen, wie man damit umzugehen hat.

Nicht jeder Arbeiter, führte Körpel aus, kann sich mit arbeitsrechtlichen Dingen befassen. Das wäre eine große Welt, wenn das jeder tun wollte, aber der Betriebsrat muß verstehen, aus dem Betriebsrätegesetz auch ein wirkliches Recht zu Gunsten der Arbeiter zu machen. Berichter er es nicht, dann bleibt das Gesetz nur ein Stück Papier, wie auch der Tarifvertrag ohne die Gewerkschaften nicht anderes als ein Stück Papier wäre. Die Betriebsvertretung ist nicht, wie die Arbeitgeber das gern haben möchten, eine Sache für sich, sondern auf Gedeih und Verderben mit den Gewerkschaften verbunden. Sie ist der verlängerte Arm der Gewerkschaft, sie ist der Vorposten der Arbeiterbewegung im Betrieb, der Anwalt und Beschützer der Gedrückten und daher berechtigt, selbst unter einem besonderen Schutz zu stehen.

Nie hatte die Betriebsvertretung eine größere Bedeutung wie gerade jetzt in den Tagen der zunehmenden Krise, wo Tarifvertrag, Lohn, Urlaub — kurz alle Verbesserungen in der Lage der Arbeitnehmer bedroht sind. Wenn alle Betriebsräte auf dem Damme wären — in einer Million von Fällen könnte vieltausendfachem Recht für die Arbeitnehmer herausgeholt werden, wo jetzt schmerzhaft und zahnstreichend Entlassung, Prellung um Urlaub, Schmälerung des Lohns und noch so manche Ungerechtigkeiten, z. B. der Anflug der Ausgrenzung, vielfach hingenommen wird. Im Kampf ums Recht muß der Betriebsrat mit Kaltblütigkeit und Ueberlegung handeln, und die Gewerkschaften fordern von ihm nicht unnütze Opfer, vor allem dort nicht, wo er infolge eines schlechten Organisationsverhältnisses aus eigener Kraft, mit der Belegschaft in Gegensatz zu geraten und bei der nächsten Gelegenheit vom Unternehmer hinausgeworfen zu werden. Die Betriebsvertretung soll sich nicht unnütze Opfer. Ihre Aufgabe ist es auch nicht, die Privatinteressen des Unternehmers wahrzunehmen. Der Schutz der Interessen der Belegschaft — das ist die Aufgabe eines Arbeiter- und Angestelltenrates. Als Staatsbürger hat der Betriebsrat wie jeder andere auch das Recht der freien Meinungsäußerung und zwar auch gegenüber Vorgesetzten und Vorgesetzten des Betriebs. Es braucht auch nicht alle Arbeit der Betriebsvertretung auf zwei Augen gestellt zu werden — alle Mitglieder der Betriebsvertretung sollen an der Wahrnehmung der Interessen der Belegschaft interessiert sein. Und wie der Betriebsrat nur im engstem Einvernehmen mit den Gewerkschaften seine Aufgabe erfüllen kann, so haben auf der anderen Seite auch die Gewerkschaften die Pflicht, anzugeben, daß die Betriebsvertretung nicht unangemessen in unhaltbare Situationen gerät. Nach Streit und Ausperrung müßten von rechtswegen die Betriebsratsmitglieder wieder eingestellt werden ebenso wie die Schwerbeschädigten. Sie brauchen auch besonderen Schutz bei Zusammenlegung von Betrieben oder bei Betriebsausgliederungen, wo sehr oft das Unternehmern soziale Unbequemlichkeiten und Belastungen abzukürzen versucht. Aus diesem Grunde ist ja auch für solche Fälle von der SPD. im Reichstag die Entschädigungsforderung angemeldet worden.

Schwer in der Kampf, den die Gewerkschaften seit Monaten in der Verteidigung ihrer stark bedrohten Front führen. In diesem Kampf fällt den Betriebsräten eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie müssen im Schützengraben des Betriebs, in der vordersten Stellung — nicht: hinteraus, sondern in Uebereinstimmung mit der Linie der Gewerkschaften zu handeln verstehen. Sie können das mit Erfolg tun; denn von Tag zu Tag zeigt sich immer deutlicher, daß trotz aller Verluste und Schwertgeräten die Entwicklung nicht gegen, sondern mit den Gewerkschaften ist. Das Kapital hat sich mit seiner neuen Richtung: Heiner Umsturz, großen Nutzen in eine Sackgasse verrennt, und die Arbeiterklasse stünde engstens der moralischen Plebe der kapitalistischen Wirtschaft trotz aller Arbeitslosigkeit nicht so schlecht da, wie sie daheut, wenn nicht von den 20 Millionen Arbeitnehmern nur erst 6 Millionen organisiert wären, und wenn nicht im Freiheitskampf der Arbeit die Arbeiterfront durch die Kapazitäten und Kapitalisten verwirrt würde. Trotz alledem aber bleibt wahrhaftig kein Grund, den Kopf hängen zu lassen. Wir marschieren trotzdem, wie die Erhebung des INDB über die Zahl der Arbeiter in den Hauptindustrien während des vergangenen Jahres darstellt. Das Ergebnis der Erhebung lautet: 156 145 amtierende Arbeiterratsmitglieder; davon 135 700, die zu benachteiligten Gewerkschaften gehören. Wenn diese 135 000 Personen und mit ihnen alle freigeordneten Arbeiter, alle die unbekannteren Soldaten auf ihrem Posten sind, dann wird man noch den diesjährigen Betriebsrätewahlen den Kapitalisten, die nicht wollen, daß die Welt sich sozialistisch verändere, deutlich jureken: Und sie bewegt sich doch! —

Der Organisationsplan, für den nach dem Zusammenhang eine neue Grundlage geschaffen werden mußte, ist von der Konferenz in neuer Fassung nach einigen Kernern ab-

änderungen einstimmig angenommen worden. Die einleitenden Vorträge zur Erörterung der Organisationsfragen waren von Riedel und Scherff erstattet worden. Riedel machte zur Berichtigung, damit nicht unter falscher Flagge Nationalsozialisten in die Gewerkschaftslisten eingeschmuggelt werden. Desgleichen seien die Wahlbestimmungen genau zu beachten, damit nicht die Wahlen hinterher von den Gegnern angefochten werden können. Bei den Wahlen seien die Gewerkschaften auf sich selber gestellt; es könne daher kein Kompromiß mit den Gegnern geben. Die Wahl sei diesmal ganz besonders eine Kraftprobe. Sie müsse zeigen, wo die Arbeiterkraft steht. — Scherff beleuchtete den schon jahrelang währenden Kampf um ein Beamteneinstellungsgesetz. Der hierzu von Severing geschaffene Entwurf sei nunmehr dem Reichsrat zugeleitet worden. Hoffentlich komme nun einmal endlich was Vernünftiges heraus. Beamte und Arbeiter müßten gemeinsam für die Förderung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer eintreten; jede Abtötung der Beamtenschaft in der Mitbestimmungstrage schädige die gesamte Arbeitnehmervertretung.

Fünftageswoche auf der Kieler Howaldts-Werft

Die Howaldts-Werft in Kiel hat die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich herabgesetzt. Sie will damit die Zahl der Arbeiter des Werkes um 20 Prozent erhöhen. Die gleiche Maßnahme soll in den Hamburger Betrieben derselben Werft durchgeführt werden.

Die Juni-Lage-Woche wird und muß kommen, und zwar für die Dauer. In den Vereinigten Staaten hat sie bereits für insgesamt 537 000 Arbeiter Geltung. Im Vorbergrund steht dabei das Fluggewerbe mit 120 000 oder 78 Prozent.

Paradiesische Zustände

herrlichen in kommunistischen „Republik“-Betrieb in Düsseldorf. Dort gibt es, wie der Ortsverein Düsseldorf im Verband der Deutschen Buchdrucker in seinem Jahresbericht für 1930 meldet, einen Arbeitskonflikt in Germanen. „Schon die Tatsache“, so meldet der Jahresbericht, „daß dieser Betrieb als erster in Düsseldorf dazu überging, die Leistungslohne einziger misliebiger Kollegen bis zum nackten Tariflohn abzubauen — Lohnabbau bis zu 19 Mark wöchentlich — charakterisierte diesen „Arbeiterbetrieb“. Mit Hilfe der kommunistischen Betriebsratsmehrheit wurden Entlassungen forciert, trotzdem Ueberstunden und Sonntagsarbeit seitens der Streikbrecher und anderer Unorganisierten in erheblichem Umfang — zum Teil sogar ohne Bezahlung — geleistet wurden. Als dann bei der Betriebsratswahl im März unsere Kollegen mit knappem Stimmenverhältnis die Mehrheit im Betriebsrat eroberten, wurden die „Kommunisten“ aus dem Betrieb vertrieben. Drei mal verlor man, die freigeordneten Betriebsratsmehrheit zu beiseite, man genierte sich auch nicht, das von dieser Seite her so verordnete Arbeitsgericht dafür in Anspruch zu nehmen, doch in jedem Falle unterlagen die Saboteure am Arbeitsgericht.“

Schiedspruch in der ober-schlesischen Montanindustrie angenommen

Der am 9. Februar in dem Gehaltsstreit in der ober-schlesischen Montanindustrie gefällte Schiedspruch, der für den Monat Januar eine Ermäßigung der Gehälter um 4 Prozent und ab 1. Februar eine solche um 6 Prozent vorsah, ist von beiden Parteien angenommen worden. Der neue Gehaltsstuf ist vorläufig bis 31. August d. Js. befristet.

Neue Gehaltsvereinbarung im Breslauer Expeditionsgewerbe

Vor dem Schlichtungsausschuß ist für die Angehörigen im Expeditionsgewerbe eine neue Gehaltsvereinbarung zustande gekommen. Die bisherigen Tarifgehälter werden vom 1. Februar ab um 6 Prozent geführt. Die Regelung gilt bis Ende April 1931.

Um die Weiterführung der Guffa-Grube

Rothensand, 16. Februar. Vertreter der Bergbehörde und zwei Ministerialräte aus Berlin besichtigten die Anlagen der Guffa-Grube. Sie führen auch in die Grube ein, um sich über die Abbaueverhältnisse zu unterrichten. Es verlautet, daß die Ausichten für die Weiterführung des Grubenbetriebes nicht ungünstig sein sollen.

Breslauer Produktentörje vom 17. Februar

Amliche Notierungen der Breslauer Produktentörje vom 17. Februar 1931 in der Börse im Großhandel geübte Preise für volle Wagenladungen in Reichsmark, bei wörtlicher Bezahlung (mit 100 Reichsmark als der Bezugspreis).
Weizen Roggen, Hafer und Gerste ... für 1000 kg = 1 Tonne ... 245,00
Dinkel, Weizenmehl, Futtermittel, Mehl ... 50 kg ... 100,00
Kartoffeln Rohpflanz ... 50 kg ab Erzeuger ... 100,00

Tägliche Amliche Notierungen.		17.	16.
Getreide:			
Weizen (schlechte)	Nettogewicht von 71,0 kg Durchschn. Qual., gefund und trocken	267,00	266,00
	Nettogewicht von 75,0 kg gut, gefund und trocken	269,00	268,00
	Nettogewicht von 72,0 kg trocken für Mitternacht vornehmbar	262,00	261,00
Roggen (schlechte)	Nettogewicht von 70,5 kg Durchschn. Qual., gefund a moder	162,00	162,00
	Nettogewicht von 72,5 kg gut, gefund und trocken	157,00	157,00
	Nettogewicht von 68,5 kg trocken für Mitternacht vornehmbar	157,00	157,00
Hafer, mittlerer Art und Güte (alter Ernte)	(1000 kg)	157,00	157,00
Gerste, leichte	gute	245,00	243,00
	gute	215,00	215,00
Erbsen, mittlere Art und Güte	(1000 kg)	197,00	197,00
Tendenz: Stagn.			

Wöchentliche Notierungen für Mitternacht		17.	16.
Erbsenmehl (70%)	ausgewogen	37,50	37,25
Roggenmehl (80%)	ausgewogen	23,75	23,75
Tendenz: Stagn.			

Wichtiges Gebot: Jeder, der sich für die Errichtung eines neuen Kulturhauses interessiert, muß sich sofort bei der Redaktion des „Rothemühle“ melden. Die Redaktion des „Rothemühle“ ist in der „Rothemühle“ zu finden. Die Redaktion des „Rothemühle“ ist in der „Rothemühle“ zu finden. Die Redaktion des „Rothemühle“ ist in der „Rothemühle“ zu finden.

Jahrgang 1917

Milieugefährdete Jugend — Menschen werden „fortiert“ In diesem Jahr 75 Prozent Lehrstellen weniger

Wenige Wochen noch und der Jahrgang 1917 verläßt die Schule. In einem Augenblick tiefster wirtschaftlicher Depressionen, die nahezu fünf Millionen Deutsche in Arbeitslosigkeit und schwere materielle Not stürzt, tritt der vorletzte Jahrgang Kriegskinder in das Erwerbsleben ein. Eine Reportage in der Berufsberatung des größten Berliner Arbeitsamtes gibt ein Bild von der Arbeit, die von verantwortungsbewussten Männern und Frauen aufgewandt wird, um diese jüngste Generation einem möglichst getragenen Erwerbsleben zuzuführen.

Schatten der Zeit

In dem großen Wartezimmer sitzen Jungs und Mädels, fast alles Schulabgänger aus den Berliner Gemeindeschulen. Die Winterkälte scheint ihnen durch die Fenster gerade ins Gesicht. An den Wänden hängen Bilder — Darstellungen aus dem Berufsleben. In Schaufenstern liegen Arbeitsproben — technische Modelle. Die Mädchen interessieren sich wohl mehr für die Kleider und Nähmaschinen, die Berliner Berufsschülerinnen im Berufsunterricht angefertigt haben. Die Jungen stehen mit großen Augen vor den Modellen der Feinmechaniker, der Werkzeugmacher, der Drucker und Schriftsetzer. Die anderen sitzen still auf ihrem Platz, blättern in den ausliegenden Zeitschriften — und warten. Sie haben Marken in der Hand, die Jungen blaue, die Mädchen rote. Manche sind mit ihren Eltern gekommen. Ein wenig jünger ist das Gesicht der Mutter und auch auf den Kinderge Gesichtern liegen die Schatten von Früh-Erlebtem. Bitterkeit in der Vater arbeitslos. Wird nun eine Lehrstelle frei sein? Wird ich lernen können, was ich möchte? Denken die Vierzehnjährigen. Die Berufsberater laufen mit weißen Kitteln durch den Raum; Namen werden aufgerufen.

Die Lehrstellenvermittlung ist in diesem Jahre besonders schwierig, sagt der Leiter der Berufsberatungsstelle. Die Zahl der angebotenen Lehrstellen ging gegenüber anderen Jahren um 75 Prozent zurück. Dadurch aber ist der Geburtenausfall, der bei diesem Jahr etwa 45 Prozent beträgt, und von dem man sich einen gewissen Ausgleich erhoffte, durch die katastrophale Lage des Arbeitsmarktes ohne Wirkung geblieben.

Die Warnung Dieschen Neumann

Ein Spezialbild interessiert: „Beratungsstelle für erwerbsbehinderte und fürsorgebedürftige Jugend.“ Nur wenige große deutsche Arbeitsämter besitzen diese Sonderberatungsstelle. In ihren Händen liegt die Berufsberatung und Stellenvermittlung nicht nur für Körperbehinderte, für Krüppel, Sprachgehemmte, für Seh- und Hörschwache, sondern in der Hauptsache auch für Fürsorgezöglinge und milieugefährdete Jugendliche. Anlässlich des Dieschen-Neumann-Prozesses ist die breite Öffentlichkeit wieder einmal auf das Milieu aufmerksam gemacht worden, in dem noch tausende Berliner proletarischer Kinder aufwachsen. In dem Milieu der Wirtshäuser mit ihren hässlichen Gemälden der Berliner Norden, dem Milieu der durch Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot getriebenen Familien. Und gerade diese Jugend hat ein ganz besonderes Anrecht auf einen geordneten Lebensweg, der ihr Arbeit und Brot — ein Dach über dem Kopf und ein wenig Glück und Zukunftserwartung bringt. Dafür will diese Sonderberatungsstelle sorgen. Sie besteht seit dem Jahre 1926. Seit 10 Jahren also verhilft sie einem Teil der heranwachsenden Jugend, deren Kindheit schon von Elend und Not, von Leid und Schäden verdirbt war, einen Weg ins Erwerbsleben zu bahnen. Und der Erfolg: durchschnittlich 45 Prozent der für eine Lehrstelle in Frage kommenden Schüler der Beratungsstelle konnten im Vorjahre vermittelt werden.

Der Leiter der Beratungsstelle erklärt, daß man jeden einzelnen Vermittlungsfall mit der größten Sorgfalt behandle. So seien beispielsweise die großen Fürsorgeanstalten, die städtischen Heime ihre Zöglinge zur Berufsberatung. Sie werden auf ihre Eignung geprüft und dann entweder in den Heimwerkstätten selber ausgebildet, oder man vermittelt ihnen Lehrstellen mit Kost und Logis. Die Vermittlung geschieht nicht schematisch, sondern individuell. Von den Fürsorgezöglingen wurden zeitweise bis zu 46 Prozent in Lehrstellen vermittelt, von den vom Jugendamt geschickten Schulkollegen, es waren kranke, schwer erziehbare und milieugefährdete Kinder, 50 Prozent, die Hilfschüler (Berlin hat etwa 70 Hilfschulen) wurden zu 56 Prozent, die Sonderchüler (Hör- und Sehgeschwache, Sprachgehemmte), 50 Prozent und die Krüppel, deren Vermittlung am schwierigsten war, zu 25 Prozent vermittelt. „Und was geschieht mit denen, die nicht vermittelt wurden?“ (Allein das Berliner Arbeitsamt Mitte hat 1200—1400 ungeleitete jugendliche Arbeiter, die seit der Schulentlassung keine Arbeit fanden.) Man hat in der letzten Zeit Werkstätten eingerichtet, in denen sie mit einfachen Arbeiten beschäftigt werden. Viele mußten erst einmal zur Erholung und Kräftigung aufs Land geschickt werden, bei anderen wurde der Schulbesuch um ein Jahr verlängert, weil sie, unterernährt und in der Entwicklung zurückgeblieben, einfach noch nicht berufsähig waren.

Jedem keine Chance!

Eine Viertelstunde in der Eignungsprüfstelle. Der Prüfungsraum, er sieht aus wie ein großer Schulzimmer, kann 30 Berufsanfänger zu gleichzeitiger Prüfung aufnehmen. Zuerst eine allgemeine, theoretische Intelligenzprüfung, die schriftlich von allen gemeinsam abnimmt wird — danach Prüfung des Gedächtnisses in bezug auf geübene Formen. Dann Sonderprüfungen zu vier und fünf auf Handgeschicklichkeit, Handbrennen, Geschmack, räumlich-konstruktives Denken und Erfinden usw. So muß beispielsweise aus wertvollsten zugekauften Holzteilen ein Würfel zusammengesetzt werden, oder die Prüflinge müssen Holzperlen ein paarmal schnell auf einer Drahtschleife, Drahtschleife in irgendeiner gegebener Form biegen. Die Prüfungen, die sich über einen ganzen Vormittag erstrecken und von Psychologen geleitet werden, ergeben beim Hinsehen nicht den Eindruck des Schmarotchen. Sie bemühen sich vielmehr, auf die Besonderheiten eines jeden Einzelnen einzugehen. So läßt sich durch sie immerhin feststellen, ob der Junge beispielsweise Maschinenbauer werden soll, oder ob seine natürlichen Fähigkeiten so gering sind, daß man ihn zu einem anderen Beruf rufen muß. Ob er seinen die Prüfungen auf Wunsch des Lehrers, meistens auch auf den eigenen des Jugendliehen oder auf Erweisen des Berufsleiters. Die Zahl der Prüfungen beträgt im vorigen Jahre etwa 6000. Sie steigt von Jahr zu Jahr. Hier wird das junge Menschenmaterial von den künftigen Häuptern der Psychologie zwar gelehrt und lernt — aber man verliert auch, jedem seine Chance für den kommenden Erwerbsskampf herauszufinden. Mehr als je kommt es wohl heute darauf an, den jungen Menschen an die Stelle zu bringen, wo er nicht nur arbeiten kann, sondern wo ihm Arbeit auch Freude und Erfüllung bedeutet.

Das am Tag hier die jungen Mädchen vor ihrem ersten Schritt ins große Leben hier im Wartezimmer. In wenigen Wochen ist Schulurlaub. Die Tür der Sonderberatungsstelle klappt auf und zur die Jugendlichen finden ihre künftigen „Häuser“. Schüssel und Kochgeschichten werden erzählt. Einige kommen mit ihren Kindern und kummervollen Gefährten — für alle soll ein Weg gefunden werden. Brot und Brot.

Ein Nazifist wird Norwegens Generalissimo



Zum Oberkommandierenden der norwegischen Armee wurde Oberst Laake ernannt — ein Anhänger der jetzigen Regierung und überzeugter Nazifist, der wiederholt für Einschränkung der Rüstungen und Verminderung des Heeres eingetreten ist. Seine Beförderung, durch die er 15 Generale überstiegen hat, wird von der Rechten scharf angegriffen, da sie als Belohnung ausgelegt wird für politische Dienste, die er als militärischer Sachverständiger der Regierung geleistet hat.

Rembrandts „Anatomischer Unterricht“ schwer beschädigt

Auf das berühmte Rembrandt-Gemälde „Anatomischer Unterricht“, das in Amsterdam im Reichsmuseum hängt, ist gestern nachmittag ein Unheil verübt worden. Ein Mann im Alter von etwa 30 Jahren, anscheinend ein Handwerker, wurde dabei getroffen, wie er sich mit einem Teil an dem Gemälde beschäftigte. Es stellte sich heraus, daß das Bild an fünf Stellen schwer beschädigt war. Einer der Schilde war 30 Zentimeter tief. Der Täter, ein Holländer, wurde der Verhaftung zugeführt. Ueber seine Person und über das Motiv der Tat steht noch völlige Unklarheit, da der Täter bisher jede Aussage verweigert hat. Um die Wucht eines Verbrechens scheint es sich nicht zu handeln.

Freitod durch Dynamit

Ein Tischlermeister aus Sömmich-Dielenthal (Erggebirge) beging Selbstmord, indem er eine Dynamitpatrone in den Mund steckte und zur Explosion brachte. Der Schädel des Unglücklichen wurde vollständig zerstört. Das Motiv des graufigen Tat ist in wirtschaftlicher Not zu sehen.

Schweres Schneefallungsglück in Ungarn

Während der Vereisung der Schneemassen auf der Staatsbahnstraße ist ein aus zwei Lokomotiven und einem Schneepflug bestehender Zug bei der Station Sämes in Trans-Danubien infolge eines Gleisbruchs entgleist. Die eine Lokomotive kurzte um, wobei der Lokomotivführer getötet und sieben weitere Personen verletzt wurden. Durch die Entgleisung wurde auch die Strecke beschädigt.

Dreifacher Frauenmord im New Yorker Regierungsviertel

Im Regierungsviertel von New York wurde gestern ein furchtbares Verbrechen aufgedeckt. In einem Hause fand die Polizei die Leichen von drei Frauen und das halb verhungerte Kind einer der Toten. Das Kind starb, ehe es in ein Krankenhaus gebracht werden konnte. Einer der drei Frauen, einer 16-jährigen Tänzerin, war der Hals durchschnitten, die beiden anderen waren mit einer Wäpfeleine erschossen worden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Eilian Leihels Einäschung

Der Leichnam der Irin Eilian Leihel, die in einer Kopenhagener Varieté tödlich verunglückte, soll Donnerstag in Kopenhagen eingeäschert werden. Die Urne wird dann nach Kalifornien, der Heimat der Irin übergeführt werden.

Das schwarz-weiß-rote Kirchenlicht

Beit über 136 700 Mark unterjährig der Führer der Frankfurter deutsch-nationalen Kirchenfraktion. Die genaue Nachprüfung der Kirchensteuerbücher der Frankfurter Evangelischen Landeskirche, die durch die rufenden Unterprüfungen des deutsch-nationalen Stadtkirchenrates, Antonius Friedrich Nagel, in den Jahren 1924/25 veranlaßt wurde, hat ergeben, daß Nagel auch im Jahre 1926 weitere Kirchensteuerbeträge unterjährig hat, jedoch sich die Summe des unterjährigen Betrages nur 136 700 Mark noch beträchtlich erhöht. Die Höhe der weiteren unterjährigen Gelder kann aber noch nicht festgestellt werden, da zurzeit noch die Prüfung der Belege erfolgt, die mit Verjährung durchgeführt wird. Während Nagel solche Kirchensteuer unterjährig, wurden arme Leute, die ihre Kirchensteuer nicht bezahlen konnten, geprügelt.

In 52

Am Dienstag nachmittag zeigten die Deputierten Juniorswerte auf dem Berliner Flughafen erstmalig die neuen Groß-Prachenzugzeug für lange Strecken. In 52. Das Großflugzeug, das eine Höchstgeschwindigkeit von 200 Metern hat, kann selbst bei einer Entfernung von 2000 Kilometern noch annähernd 1500 Kilogramm Nutzlast befördern. Der Landstrom ist so lang und breit, daß beispielsweise mehrere Kleinautos mitgenommen werden können. Große Scheiben an den Seiten und am oberen Teil des Kabinenschildes bequemes Leben und Entlasten des fliegenden Gastes. Später soll in die Maschine ein Juniors-Kabinenraum eingebaut werden.

22 Schieber verhaftet

Durch Verhaftung der Berliner Kriminalpolizei wurden 22 Mitglieder einer kognomen „Kochschieber-G.M.B.H.“ verhaftet, die es verstanden haben, sich alle Waren von Firmen zu verschaffen und mit den erwerblichen Handlungen zu verfahren, um sie auf die Namen großer Industrie-Firmen auszugeben. Die Schieber, die die Waren mit ungerechten Nachzahlen ausstatten, gegen diese die Polizei an den verhafteten Stellen Deutschlands in Hamburg. Die Sache erregte auf dem Polizeiamt um, an der Stelle bald Verhaftung und zum Glück schon nach kurzer Zeit aus Lager. Die Schieber, die zu erheblichen Verlusten wurden, belaufen sich auf etwa zwei Millionen Mark.

Edener laut „R 101“-Stelle

Die Hauptstadt des in Frankreich konstruierten englischen Luftschiffes „R 101“ hat vom britischen Luftministerium in Frankreich bestellt worden. Das in den nächsten Tagen in Geneseehafen konstruierte Material soll eingeschifft und beim Bau des neuen Luftschiffes verwendet werden.

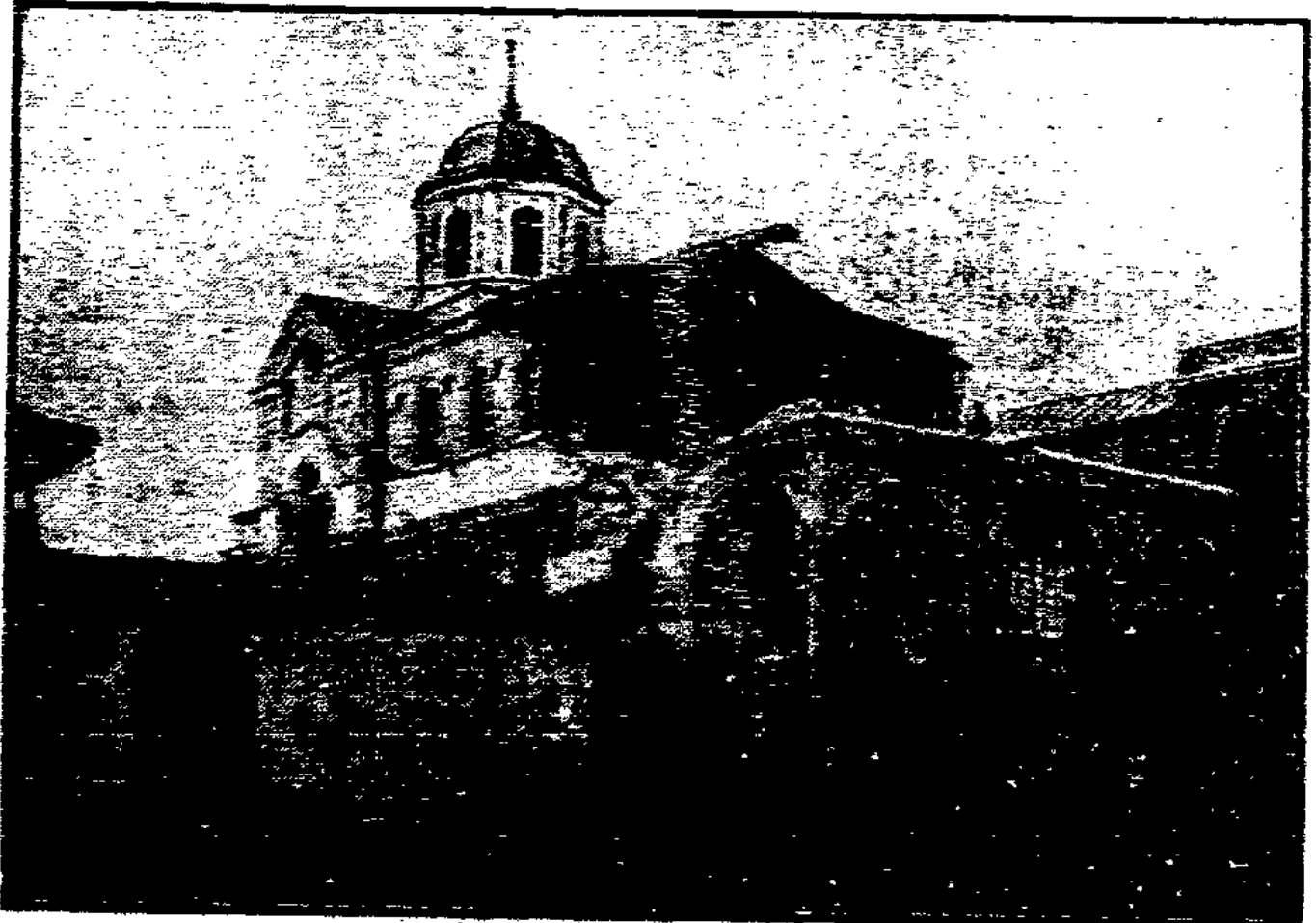
Blutbad im Sowjetgefängnis

In Gefängnis von Krasnodar ereignete sich eine fürchterliche Szene. Während des Regenerungsprozesses der Gefangenen einer der Wärter der Gefängnis plötzlich einen Mordanschlag und gab auf die Menge der Gefangenen. Infolge dieses Schusses mehrere Gefangene an Ort der Gefängnis wurde getötet, zwei andere schwere Verletzungen. Als die anderen Gefangenen in panischem Schrecken zu fliehen versuchten, wurden sie von Gefängniswachen und die übrigen Verwundeten mitgenommen, daß es sich um eine Revolte handelte. Es wurde sofort geschossen. Zwei Gefangene wurden durch diese erschossenen Taten getötet, drei lebensgefährlich verletzt.

Unfall in einem römischen Lichtspieltheater

Während der Vorstellung in einem römischen Lichtspieltheater ist plötzlich der Saal der Decke des Zuschauerraumes in einer Ausdehnung von 6 Quadratmetern auf die Zuschauer. Einmal 15 Personen wurden verletzt und ins Krankenhaus gebracht.

Das erste Bild vom Erdbeben in Albanien



Das erste Bild vom Erdbeben in Albanien — Korça — mit seiner Umgebung wurde aufgenommen wurde. Hunderte von Häusern wurden zerstört, darunter die alte Kathedrale von Korça.

